Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 94 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Freitag, 22. April 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Ein offener Stahlhelm-Brief an Groener

Um den Geländesport

Der Jungstahlhelm-Bundeswart des Stahlhelms, Görnemann, veröffentlicht einen offenen Brief an Groener, in dem er Beschwerde über den preußischen Innenminister führt. Im Herbst vorigen Jahres habe sich unter dem Namen GVA. (Geländesport-Verbände-Arbeitsgemeinschaft) eine größere Anzahl deutscher Jugendverbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden, die es sich zum Ziel setzte, in gemeinsamer Arbeit einheitliche Grundlagen für die geländesportliche Schulung ihrer Mitglieder zu schaffen. Die GVA. habe Wert darauf gelegt, sich vor endgültiger Ausarbeitung ihrer geländesportlichen Richtlinien mit dem Reichsinnenministerium ins Benehmen zu setzen. Um so befremdlicher müsse es erscheinen, daß Minister Severing vor einigen Wochen an den Leiter der GVA., Generalmajor a. D. Vogt, eine schriftliche Verfügung gerichtet habe, worin er bis auf weiteres der GVA. jegliche Betätigung untersagt habe, da gegen die GVA. der Verdacht militärischer Betätigung vorläge. Minister Severing habe sich vor Erlaß seiner Verfügung nicht mit der Reichsregierung ins Benehmen gesetzt. Reichsminister Groener wird dann um versönliches Einareifen gebeten.

SPD. und Kreugergeld — Ein Dementi

Gegenüber Behauptungen, daß die Sozialdemokratie von Ivar Kreuger durch Vermittlung Hilferdings als Provision für den Abschluß der bekannten Zündholzanleihe den Betrag von 3 bis 4 Millionen Mark erhalten habe, erklärt das sozialdemokratische Abendblatt „Der Abend": „Die Sozialdemokratie hat weder direkt, noch indirekt, weder als „Provision", noch unter sonst einer Marke irgendeinen Pfennig, geschweige gar Millionen Mark von Kreuger erhalten."

Die großen Debatten in Genf

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz

wurde am Donnerstagvormittag die Aussprache über den englischen und jugoslawischen

Entschließungsentwurf zur sogenannten paritätischen Abrüstung

fortgesetzt.

Der kanadische Delegierte **Sir George Perley** sprach sich sehr entschieden für den englischen Antrag aus, während der norwegische Delegierte Colban den Grundsatz der paritätischen Abrüstung billigte, aber betonte, daß das Ausmaß seiner Durchführung späteren Verhandlungen vorbehalten werden müsse.

Der französische Delegierte

Paul Boncour

hielt eine längere Rede, in der er nach anerkennenden Worten für die Ausführungen des englischen Außenministers erklärte, es erscheine

der französischen Delegation nicht möglich, sich dem englischen Antrag anzuschließen.

Frankreich habe volle Sympathie für den Grundsatz der paritätischen Abrüstung, den es selbst in seinen Vorschlägen aufgestellt habe, als es die Ausstattung des Völkerbundes mit gewissen schweren Waffen vorschlug. Dieser französische Vorschlag entspränge nicht der Sorge um die eigene Sicherheit, sondern solle der allgemeinen internationalen Sicherheit dienen. Die Frage des Verbots gewisser Waffen biete eine einzigartige Gelegenheit, der internationalen Gemeinschaft mehr Macht zu geben. Dieses Ziel sei erstrebenswerter als die bloße Zerstörung von Material, auf das die Abschaffung schlechthin hinauslaufen würde. Paul Boncour brachte den französischen Vorschlag in Verbindung mit dem Abkommen über die Finanzhilfe für angegriffene Staaten, die doch offenbar dazu bestimmt sei, die Anschaffung von Material zu ermöglichen. Er verlangte schließlich für die Entschließung über die qualitative Abrüstung eine Form, die die Berücksichtigung der französischen Vorschläge nicht ausschließt.

Der Eindruck der Rede Boncours

Die in ihrer Argumentation schwache, mit einer gewissen Nervosität vorgetragene Rede Paul Boncours operierte mit den altbekannten Gründen gegen die englische These auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen. Die Argumentation Boncours war in keiner Weise stichhaltig. Er gestand durch seine Ausführung den besonderen und gefährlichen Charakter der Angriffswaffen mit Ausnahme der Tants zu. Die Möglichkeit einer Humanisierung des Krieges wurde von dem Redner geleugnet. Von besonderer Bedeutung war die ihm offenkundig entschlüpfte Anerkennung, daß die Sicherheitsfrage nicht nur besondere Staaten interessiere, sondern eine Generalangelegenheit der Völker sei. Im Gegensatz zu der französischen These besteht Deutschland auf der Prüfung der Frage, ob die von Frankreich vorgeschlagene Internationalisierung der schweren Angriffswaffen überdies eine Abrüstungsmaßnahme im Sinne des Artikels 8 darstelle.

Nach Paul Boncour hielt

der amerikanische Botschafter Gibson

eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, die die verschiedenen Bedenken der französischen Gruppe entkräftete und ihnen den Gedanken der praktischen Arbeit gegenüberstellte. Gibson wies darauf hin, daß die amerikanische Anregung auf Abschaffung gewisser schwerer Waffen des Landkrieges keine ausgesprochen amerikanische Initiative, sondern nur die Zusammenfassung aller der Bestrebungen darstelle, über die sich seit Beginn der Konferenz eine weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen gezeigt habe. Mit Bezug auf das französische Argument der Verbundenheit der Rüstungskategorien erklärte Gibson, auf dem Gebiete der Flottenrüstungen sei die Beschränkung und Herabsetzung seit 10 Jahren eine Tatsache; es sei nur logisch, jetzt den gleichen Fortschritt auch auf dem Gebiete der Landrüstungen zu machen. Es sei das Bestreben gewesen, in derjenigen Frage, in der bisher das größte Maß von Uebereinstimmung hervorgetreten sei, praktische Ergebnisse zu erzielen und dadurch weitere ähnliche Vereinbarungen anzuregen.

Die Oeffentlichkeit fange an, die Befürchtung zu hegen, daß die Konferenz allen praktischen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen versuche.

Die Annahme der von Sir John Simon vorgeschlagenen grundsätzlichen Entschließung würde diese Befürchtung zerstreuen und gleichzeitig auch die Sorge beschwichtigen, daß die Erwähnung des Artikels 8 in den vorhergehenden Entschließungen als Grundlage für die Zurückdrängung der in diesem Artikel nicht besonders erwähnten qualitativen Abrüstung dienen könne. Der einfache englische Entwurf verdiene den Vorzug und finde die volle Zustimmung der amerikanischen Delegation.

Der weitere Verlauf der Debatte

brachte der englisch-amerikanischen Initiative insofern einen großen Erfolg, als

fast sämtliche Redner sich vorbehaltlos für das Prinzip der Abschaffung der schweren Angriffswaffen aussprachen.

Es zeigte sich, daß der offenkundige und in der Rede Paul Boncours wieder zum Ausdruck gekommene Widerstand der französischen Delegation gegen diesen Vorschlag in der Debatte nur von einer kleinen Minderheit geteilt wird. Selbst **der Vertreter Japans** erklärte sich mit dem Prinzip einverstanden. Der englische Vorschlag wurde vorbehaltlos angenommen von den Vertretern **Irlands, Südafrikas, Indiens, Hollands, Chinas** und **Schwedens.**

Der schwedische Außenminister Baron Ramel billigte den englischen Vorschlag. Auch der schweizerische **Bundespräsident Motta** befürwortete den englischen Vorschlag und bemühte sich, auch die französische Delegation zur Annahme zu bewegen. Der englische Vorschlag sei geeignet, ein Minimum an Erfolg für die Konferenz zu sichern, die Wiederherstellung der Gleichberechtigung unter den Staaten anzubahnen, und sie würde auch die Verwirklichung der qualitativen Abrüstung in der von Frankreich gewünschten Form nicht ausschließen.

Zum Schluß schickte die französische Gruppe einen ihrer rhetorisch geschicktesten Vertreter, den rumänischen Delegierten **Titulescu**, vor, der von einer Entschließung über die qualitative Abrüstung verlangte, daß sie einerseits der künftigen Beschlußfassung über die Methoden nicht vorgreife und andererseits aber nicht nur in einem platonischen Wunsch bestehen dürfe. Mit dieser Begründung, offenbar nur zu dem Zwecke, um eine Abschließung in der Sitzung zu verhindern, legte Titulescu unter Berufung auf 14 Delegationen einen umfangreichen

Entschließungsentwurf

vor, der weniger eine Willenskundgebung des Ausschusses als eine mit vielen Vorbehalten umgebene Aufstellung der verschiedenen in der Kommission hervorgetretenen Tendenzen enthielt und vor allem den Versuch machte, den Begriff der Sicherheit auch bei dieser Frage einzuführen.

Litwinow, der außerhalb der Rednerreihe das Wort ergriff, nannte diese Resolution eine Irrresolution und sprach sich lebhaft für die englische Entschließung aus, die den Weg auch zur qualitativen Abrüstung, der Hauptaufgabe der Konferenz, freilasse.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

Brüning und Macdonald in der Sitzung

Im Verlauf der Sitzung erschien kurz nach 11 Uhr der deutsche

Reichskanzler Dr. Brüning

und nahm den Platz des ersten deutschen Delegierten ein. Er wurde von mehreren Delegierten und besonders herzlich von Sir John Simon begrüßt. Unmittelbar darauf folgte der englische

Premierminister Macdonald,

der ebenfalls von einzelnen Delegierten herzlich empfangen wurde. Man bemerkte, daß Macdonald und Brüning, die sich hier in Genf zum ersten Male seit ihrem letzten Zusammentreffen in Berlin sehen, besonders herzliche Worte der Begrüßung austauschten. Macdonald nahm dann bei Sir John Simon Platz, der gleich darauf veranlaßte, daß mit Rücksicht auf das Augenleiden des englischen Premiers die großen Fenster des Sitzungssaales abgeblendet wurden.

Die Genfer Besprechungen des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Donnerstag nachmittag Tardieu, mit dem er eine einstündige Besprechung über die aktuellen Fragen hatte. Für Samstag nachmittag ist eine Fortsetzung der Besprechung vorgesehen, zu der auch Staatssekretär von Bülow hinzugezogen werden soll.

Vorher hatte der Reichskanzler den belgischen Außenminister Hymans empfangen. Mittags nahm der Reichskanzler an einem vom englischen Luftfahrtminister Londonderry gegebenen Frühstück teil, bei dem außerdem noch einige Führer der Delegationen der Abrüstungskonferenz, u. a. Macdonald und Tardieu, anwesend waren.

Am Freitag vormittag wird Dr. Brüning eine Besprechung mit Macdonald haben. Im Anschluß daran werden mehrere Delegationsführer, darunter Tardieu und Macdonald, einer Einladung des Reichskanzlers folgen.

Tardieus Reise nach Genf

Der Grund

Ueber die Gründe der Reise Tardieus nach Genf verbreitet die Agentur Havas eine Darstellung ihres Genfer Vertreters, in der für Freitag die Intervention Paul Boncours oder Tardieus in der Abrüstungsdebatte angekündigt wird. Der Gedanke, gewisse Waffen zu verbieten, heißt es in der Meldung, sei gewiß für die nichtunterrichteten Massen verführerisch. Aber er helfe nichts oder fast nichts, wie die Franzosen und ihre Freunde beweisen würden. Deshalb habe Frankreich vorgeschlagen, diese Waffen zu internationalisieren. Frankreich sei durchaus nicht gegen den Grundsatz der qualitativen Rüstungseinschränkung oder Herabsetzung, wie seine Vorschläge bewiesen. Nur sei die Frage, wie dieser Grundsatz angewendet werden würde, und hier komme für die französische Delegation die Sorge um die Sicherheit zur Geltung. Deshalb sei Macdonalds und Tardieus Ankunft in Genf so opportun wie nur irgendmöglich.

Ueber die Gründe des plötzlichen Entschlusses des französischen Ministerpräsidenten Tardieu, nach seiner Unterredung mit Macdonald gleichzeitig mit diesem die Reise nach Genf anzutreten, berichtet das „Journal", der Entschluß Tardieus habe diejenigen nicht überrascht, die die Vorgänge der letzten drei Tage in Genf verfolgt und begriffen hätten. Man stehe vor einer Entschließung, die der englische Vertreter im Einvernehmen mit dem amerikanischen Vertreter in Genf verteidige und die der internationalen Organisierung der Sicherheit zuwiderlaufe. Es sei klar, daß dieser Vorschlag Gegenstand der Unterredung Tardieus mit Macdonald gewesen sei, und weil diese Aussprache dem französischen Ministerpräsidenten nicht die Beruhigungsgründe gebracht habe, die er davon erwarten zu können glaubte, habe er sich entschlossen, selbst nach Genf zu reisen.

Ueberraschung in Genf

Die Genfer Konferenzkreise wurden durch die Nachricht ziemlich überrascht, daß Tardieu, der ursprünglich erst am Freitag in Genf eintreffen wollte, bereits am Donnerstagvormittag mit dem britischen Premierminister Macdonald nach Genf kam.

Genfer Besprechungen Tardieus

Aus Genf wird gemeldet: Tardieu hatte am Donnerstag Unterredungen mit dem Reichskanzler, mit Stimson und mit Macdonald. Abends wollte er die Vertreter der Kleinen Entente empfangen. Seine Abreise wurde für Freitag festgesetzt, so daß zweifelhaft ist, ob er am Freitag im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz das Wort ergreifen wird, um einen Vorstoß zu unternehmen, der nach Auffassung mancher französischer Kreise für das Schicksal der französischen Vorschläge überhaupt entscheidend sein könnte.

Die Unterredung Stimsons mit Tardieu

Amerika nicht für Bindungen in der Sicherheitsfrage zu haben

Die Besprechungen Stimsons mit Tardieu haben sich, wie wir aus Genf von amerikanischer Seite erfahren, ausschließlich auf die Abrüstungsfrage bezogen. Stimson hat jeden Versuch, auch die Reparationsfrage zu erörtern, von vornherein mit der Bemerkung abgelehnt, daß es sich hier um eine rein europäische Frage handele.

Stimson betonte, er sei nicht gekommen, um einen neuen Plan vorzulegen. Diese Erklärung konnte die französischen Befürchtungen wegen einer neuen amerikanischen Offensive auf der Abrüstungskonferenz zerstreuen. Sie bedeutete aber auch, daß Stimson sich auf keinerlei Bindungen in der von Frankreich immer wieder vorgeschobenen Sicherheitsfrage einlassen wolle. Stimson erklärte, daß Amerika gewiß kein Hindernis für eine regionale Organisierung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent sein wolle, daß aber die traditionelle Politik Amerikas keine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Kontinentes zulasse. Auf die bestimmte Frage Tardieus, wie sich Amerika im Falle einer Völkerbundsaktion zugunsten eines angegriffenen Staates verhalten würde, erklärte Stimson, das hänge davon ab, welche Stellung die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einnehmen würde. Wenn die Genfer Verhandlungen, betonte Stimson, zu keinem positiven Ergebnis führten, so werde das in der amerikanischen Oeffentlichkeit einen katastrophalen Eindruck machen; es werde dann sehr schwer sein, Amerika von der Ehrlichkeit und dem guten Willen der europäischen Staatsmänner zu überzeugen.

Diese offene Sprache Stimsons und vor allem die Publizität, die man ihr in amerikanischen Kreisen gibt, scheint darauf hinzudeuten, daß Amerika für den Fall eines Mißerfolges der Konferenz keine Zweifel darüber lassen wolle, wo die Verantwortlichkeit zu suchen sei.

Finanzminister Klepper hat keine neuen Steuern angekündigt

Zu den Meldungen über die Kieler Rede des preußischen Finanzministers wird von amtlicher preußischer Seite erklärt, daß Finanzminister Klepper keine neuen Steuern angekündigt habe.

Die Zahl der Arbeitslosen

ist im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000,

seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen.

Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Der Saisonbeginn brachte in den Außenberufen eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen, überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, so daß seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist. Auch in der Krisenfürsorge ist zum ersten Male seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen, und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

Der Verband evangelischer Lehrer fordert den Schulbeirat

Zu der Frage der Ablösung der Elternbeiräte durch Klassen-Elternschaften nimmt der Verband deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnen (Sitz Wuppertal-Barmen) in einer Erklärung Stellung. Nach einem Hinweis, daß nur durch Zusammenarbeit der Elternschaft mit der Schulgemeinde Gewähr gegeben sei für einen wahrhaften Schulfrieden, fordert er zum Wohle der Schule Beibehaltung der Einrichtung des Elternbeirates, der allein in der Lage sei, die Fühlung zwischen Schule und Elternhaus auszubauen. Darüber hinaus verlangt der Verband Ausbau des Elternbeirats zum Schulbeirat, in dem Elternschaft und Schulträger vertreten sein sollen und besondere Rechte, wie Vorschlagsrecht bei Besetzung von Lehrer- und Schulleiterstellen haben müßten.

Preußenwahl und Justiz

Unter der Ueberschrift „Preußenwahl und Justiz" nimmt der preußische **Justizminister Dr. Schmidt** im Amtlichen Preußischen Pressedienst zu verschiedenen justizkritischen und justizpolitischen Erörterungen Stellung, die im Verlaufe des Wahlkampfes im Streite der Meinungen aufgetaucht sind. Niemals, so hebt der Minister hervor, kann es angehen, die Rechtspflege zum Instrument radikaler Machtpolitik herabzuwürdigen. Das hieße Unrechtpflege, das würde das Ende der Demokratie sein.

In seinen weiteren Darlegungen weist der Minister noch besonders auf

die Bedeutung der richterlichen Unabhängigkeit

für die unparteiische Rechtspflege hin, aber auch auf die Notwendigkeit, daß die äußere Unabhängigkeit des Richters von seiner inneren Unabhängigkeit ergänzt werden müsse. Bei den gelegentlichen Klagen über angebliche Eingriffe der Justizverwaltung handele es sich ausnahmslos nur um die vereinzelt vorkommende nachträgliche Nachprüfung unbeeinflußt getroffener Entscheidungen, und zwar nur um verschwindend wenige Verfahren, in denen Anlaß zu der Annahme bestehe, daß Richter sich nicht im Rahmen der ihrer unabhängigen Tätigkeit überwiesenen Aufgaben gehalten hätten; derartigen, glücklicherweise seltenen Entgleisungen müsse freilich die Verwaltung pflichtgemäß entgegentreten.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach in Dortmund

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Dortmund führte Reichsfinanzminister Dr. Dietrich u. a. aus:

Ich habe volles Verständnis für die Geschichte und die Leistungen Preußens, und ich weiß, daß die preußische Geschichte das neue Deutsche Reich herbeigeführt hat und sie einmal ein Stück der Weltgeschichte sein wird. Ich würde mich immer dagegen wehren, wenn irgend jemand in einer Partei auf die preußische Vergangenheit schelten würde. Aber der Satz „Preußen muß wieder preußisch werden" ist falsch. Das Vergangene kehrt in der Geschichte nie wieder. Ich bin überzeugt, daß niemand glaubt, man könnte das preußische Dreiklassenwahlrecht und die Vorherrschaft einzelner Stände in dem alten Preußen, die völlig einseitige Zusammensetzung der Beamtenschaft wiederholen. Gegen die Mißstände, die, ausgehend von den Kriegsgesellschaften und der Inflation in der Wirtschaft eingerissen sind, ist in den vergangenen Jahren zweifellos angekämpf worden. Vor der Reichsregierung sowohl wie vor der preußischen Regierung und vor niemanden hat man halt gemacht. Der Vorwurf, Preußen hätte die Politik des Reiches sabotiert, ist völlig unbegründet. Den Beweis dafür, daß der Weltkrieg mit seinen Auswirkungen die Ursache unserer heutigen Schwierigkeiten ist, kann man leicht erbringen. Eine wirkliche Hilfe kann nur kommen, wenn nach außen eine Beruhigung eintritt und im Innern der Kampf der Parteien gedämpft wird und die Bürgerkriegsstimmung verschwindet.

Dr. Köttgen als Nachfolger Borsigs im Vorsitz der Arbeitgebervereinigung

Der Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählte anstelle von Ernst Borsig den Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke A. G. Dr. ing. e. h. Carl Köttgen zum Vorsitzenden.

Kardinal Dr. Piffl gestorben

In Wien ist am 21. April der österreichische Kardinal Dr. Piffl um 1.30 Uhr nachts gestorben.

Frachtermäßigungen für Kohle zur Ausfuhr

Die Deutsche Reichsbahn plant ermäßigte Frachttarife für Kohle zur Ausfuhr nach Oesterreich, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, der Schweiz, dem Saargebiet, Belgien, den Niederlanden und dem Freistaat Danzig, die über die Senkung des allgemeinen Kohlenausnahmetarifs 6 am 16. Dezember hinausgehen. Die Ermäßigung wird voraussichtlich zum 1. Mai ds. Js. in Kraft treten.

Der internationale Ueberbrückungskredit für das Deutsche Reich verlängert

Wie verlautet, ist der internationale Ueberbrückungskredit für das Deutsche Reich in Höhe von 125 Millionen Dollar bis zum 10. November 1933 zum Zinssatz von 6 Prozent verlängert worden.

Westarp interpelliert Brüning

in der Memelfrage

Graf Westarp (Konservative Volkspartei) wird nach Zusammentritt des Reichstages eine Interpellation einbringen, in der der Reichsaußenminister um Auskunft darüber gebeten wird, ob jetzt nicht der Zeitpunkt für Repressalien gegenüber Litauen, den Dr. Brüning in seiner Reichstagsrede sich vorbehielt, gekommen sei.

Neue deutsche Memel-Note

Die deutsche Delegation in Genf überreichte den Vertretern der Signatarmächte der Memelkonvention in Genf eine Note wegen der Zustände im Memelgebiet sowie wegen der auf die Beeinflussung der Wahlen abzielenden Maßnahmen des Direktoriums Simaitis.

Die Note enthält eine zusammenfassende Darstellung der zahlreichen rechtswidrigen Maßnahmen, mit denen Litauen unter fortgesetzter Verletzung des Memelstatutes die Willensäußerung der Memelbevölkerung bei den kommenden Wahlen zu verfälschen sucht. Sie erwähnt insbesondere die Masseneinbürgerungen von Großlitauern, die Unregelmäßigkeiten bei der Zusammensetzung der Wahlkommissionen und die Beeinträchtigung der Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Mit der durch diese Maßnahmen geschaffenen Lage, die in der deutschen Denkschrift eindrucksvoll geschildert wird, werden sich die Signatarmächte ernstlich zu beschäftigen haben, wenn sie verhindern wollen, daß das von ihnen im Haag anhängig gemachte Verfahren durch die von Litauen beliebte Politik der vollendeten Tatsachen, die den primitivsten Völkerrechtsbegriffen Hohn spricht, durchkreuzt wird.

Das Reichsbanner

Das Wolffbüro meldet aus Berlin, 21. April: Im Zusammenhang mit den Pressemeldungen über die Prüfung des Materials über das Reichsbanner durch das Reichsinnenministerium wird von zuständiger Stelle die Meldung einer politischen Korrespondenz, daß der Reichsinnenminister heute dem Reichspräsidenten Bericht erstatten wird, als unzutreffend bezeichnet. Die Prüfung des Materials ist noch nicht soweit gediehen, daß eine derartige Berichterstattung erfolgen kann. Eine Verzögerung bei dieser Prüfung ist auch dadurch eingetreten, daß am Dienstag nachmittag vom Büro des Reichspräsidenten dem Reichsinnenministerium weiteres Material zugeleitet worden ist.

Da eine abschließende Stellungnahme der Regierung nicht ohne Einvernehmen mit dem Reichskanzler erfolgen soll, andererseits aber angesichts der schwierigen Materie eine telephonische Erörterung mit dem zurzeit in Genf weilenden Kanzler nicht zweckmäßig erscheint, wird

Reichsminister Groener am Sonnabend nach Süddeutschland fahren, um dort am Sonntag mit dem Reichskanzler zusammenzutreffen,

der zur Ausübung seines Wahlrechts wahrscheinlich nach Sigmaringen kommen wird.

In den letzten Tagen hat der Reichsinnenminister, wie gemeldet,

Unterredungen mit dem Führer des Reichsbanners Höltermann

gehabt, in denen er diesem Kenntnis von dem ihm vorgelegten Material über das Reichsbanner gegeben hat. Höltermann hat dazu im einzelnen Stellung genommen und den Standpunkt des Reichsbanners zusammenfassend, in einem Brief an Reichsminister Groener dargelegt, dem ein

Rundschreiben der Bundesleitung

beigefügt worden ist, das die

Auflösung der „Schufo" in allen Gauen und Ortsvereinen

angeordnet. Weiter gibt die Bundesleitung des Reichsbanners in dem Schreiben eine eidesstattliche Versicherung ab, daß

die Führer des Reichsbanners mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden

und außerdem bereit sind, alles Aktenmaterial den Behörden zur Einsicht vorzulegen; darüber hinaus wird versichert, daß keinerlei Tarnabsichten beim Reichsbanner bestehen.

In diesem Zusammenhang wird von amtlicher Seite die Behauptung eines Spätabendblattes, daß der deutschnationale Abgeordnete von Oldenburg-Januschau der Uebermittler des Materials an den Reichspräsidenten gewesen sei, als haltlose Kombination bezeichnet.

Hugenberg über die Aufgaben der Deutschnationalen

Für ein neues Harzburg der praktischen Arbeit

Die drei Großberliner Landesverbände der DNVP. veranstalteten am Donnerstagabend im Sportpalast eine große Kundgebung, auf der Geheimrat Hugenberg die Stellung der Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten umriß. Die Preußenwahlen müßten eine Mehrheit aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten bringen, in der aber die DNVP. in ausschlaggebender Stärke vertreten sein müsse. Wer für die Mittelparteien stimme, vergeude sein Stimmrecht. Die Nationalsozialisten, betonte der Redner, würden sich einem neuen Harzburg der gemeinsamen praktischen Arbeit gar nicht entziehen können. Man sei es der Jugend und den Kindern schuldig, laut und ehrlich zu betonen, daß die Deutschnationalen nicht Nationalsozialisten seien und daß die Nationalsozialisten für sich allein und ohne die DNVP. die Aufgaben unserer Zeit nicht lösen könnten.

Für ein neues „Harzburg"

Aufruf von Rechtspolitikern

Eine größere Anzahl namhafter Persönlichkeiten der Rechten erläßt einen Aufruf, in dem das Verbot der Sturmabteilungen der NSDAP. als ein Vorstoß gegen die nationale Wiedergeburt, vor allem gegen den Wehrgedanken bezeichnet wird. Solche Maßnahmen seien geeignet, auch das innere Gefüge der Reichswehr zu gefährden. Der Aufruf fordert dann von den Rechtsparteien, den Kampf „nur gegen die schwarz-roten System-Parteien" zu führen und sofort eine neue Harzburger Front zur Rettung des Vaterlandes herzustellen.

Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von General der Infanterie a. D. von Below, Kassel, Botschafter a. D. Senator von Berenberg-Goßler, Hamburg, Justizrat Claß, Berlin, Generaloberst a. D. von Einem, Mülheim-Ruhr, General der Infanterie a. D. von Hutier, Berlin, Ritter-Gutsbesitzer von Rohr-Demmin-Demmin, Bogislav von Selchow, Berlin, Dr. Schacht, Bergassessor Vollmar, Bochum, Graf Arnim-Boitzenburg in Boitzenburg.

Kleine politische Nachrichten

Verhaftung eines Hauptschriftleiters

Dr. Peter Winkelnkemper, der Hauptschriftleiter des nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter", ist auf Grund eines Steckbriefes der Staatsanwaltschaft Bonn und dreier Haftbefehle der Staatsanwaltschaft Köln verhaftet worden. Dr. Winkelnkemper hat sich, wie die politische Polizei mitteilt, seit Anfang März 1932 verborgen gehalten.

Das neue Siedlungsprogramm

Finanzierung durch Prämienanleihe

Reichskanzler Dr. Brüning wird unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Genf dem Reichspräsidenten den Entwurf einer inzwischen von den beteiligten Ressorts ausgearbeiteten Notverordnung vorlegen, in der die Ueberleitung der Osthilfe in eine neue große Siedlungsaktion geregelt wird. Im letzten Jahre wurden im Osten rund 8000 neue Siedlerstellen geschaffen und rund 400 000 Morgen von der Siedlung erfaßt. Das in diesem Jahre zu beginnende neue Siedlungsprogramm würde, bei starker Ausdehnung der Anlieger- und der Landarbeitersiedlung, etwa den fünffachen Umfang haben. Man rechnet damit, daß das Programm für das laufende Jahr außer den regulären Etatsmitteln eine Summe von rund 200 Millionen Mark erfordert, die durch eine steuerlich bevorzugte Prämienanleihe aufgebracht werden sollen.

Unschuldig im Auslande verhaftete Deutsche

Das Gericht in Meran hat die 42 deutschsprachigen Südtiroler Skifahrer, die wegen Skifahrens auf den Haflinger Höhen zwischen Bozen und Meran von der politischen Behörde hochverräterischer Umtriebe angeklagt waren, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen.

*

Der 21jährige Konditorlehrling Clemens Godde und der 20jährige Anstreicher Josef Litfin, beide aus Herten im Kreise Recklinghausen, die vor etwa fünf Wochen wegen Arbeitslosigkeit ihre Heimat verlassen hatten und vor acht Tagen in Frankstadt bei Mährisch-Schönberg als spionageverdächtig verhaftet worden waren, sind wieder auf freien Fuße gesetzt worden, da sich die Verdachtsmomente gegen sie als unbegründet erwiesen haben. Ebenso ist der Privatangestellte Otto Lehnert aus Mährisch-Schönberg, der Bruder des wegen Spionage und Fahnenflucht verfolgten Rudolf Lehnert, nach sechswöchiger Haft auf freien Fuß gesetzt worden.

Das Vorfahrtsrecht der Straßenbahn beseitigt

Aus der Sitzung des Reichsrates

Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend einer Aenderung der Verordnung über Warnungstafeln für den Kraftfahrzeugverkehr an Eisenbahnübergängen und einer Aenderung der Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr zu. Besonders umstritten war dabei die Aufhebung des unbeschränkten Vorfahrtsrechtes der Straßenbahn, die von Württemberg, Hessen, Lippe und einigen preußischen Provinzen bekämpft, aber trotzdem beschlossen wurde. Im übrigen sagte das Reichsverkehrsministerium baldige Verhandlungen mit den Ländern und dem Beirat für das Kraftfahrwesen über Höchstgewicht, Achsdruck, Bereifung usw. zu.

Annahme fand ferner eine von Preußen beantragte Verordnung zur Ueberleitung des Steuerbeitreibungsrechtes, wonach die Lohnpfändungsbeschränkungen auch für direkte persönliche Steuern, insbesondere Kirchensteuern, in keinem Falle gelten sollen. Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Reichsregierung vorgelegte Berechnung für den Ersatz der Kosten der Reichspräsidentenwahl an die Gemeinden gegen die Stimmen Bayerns und einiger anderer Länder. Diese hatten verlangt, daß der Berechnung nicht der Lebenshaltungsindex, sondern die tatsächlichen Kosten zugrunde gelegt werden sollten. Die Gemeinden erhalten ungefähr vier Fünftel der ihnen erwachsenen Unkosten vom Reich zurückvergütet.

Schweres Unglück auf Korsika — Bisher 15 Tote geborgen — Viele Verletzte

Während einer Gerichtsverhandlung in Bastia (Korsika) stürzte die Saaldecke ein und begrub die Rechtsanwälte und viele Zuhörer unter sich. Bei den Aufräumungsarbeiten sind bisher fünf Tote gefunden worden. Die Zahl der Verletzten soll hoch sein.

Zu dem Einsturzunglück wird weiter gemeldet, daß bisher 15 Tote geborgen wurden, darunter zwei Rechtsanwälte aus Bastia. Für die Bergungsarbeiten sind Truppen aufgeboten worden. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Die Kreuger-Affäre

Die Kreugeraffäre zieht weitere Kreise

Direktor Björn Prytz, der der Kreuger-Kommission angehört, erklärte einem Pressevertreter in Stockholm, daß der Konkurs der International Match Corporation die Bestrebungen der Kommission zur

Rekonstruierung der Schwedischen Zündholzgesellschaft

nur in geringem Maße behindern werde.

Der überraschende

Fund eines Bargeldbetrages von zwei Millionen schwedischen Kronen in dem Tresor Ivar Kreugers

wird in allen schwedischen Zeitungen sensationell aufgemacht. Einige Blätter behaupten, die führenden Männer der Firma Kreuger u. Toll A. B. und der Schwedischen Zündholzgesellschaft hätten sich auf die Nachricht von Kreugers Tod hin beeilt, so viel Geld als möglich von den Banken abzuheben, da man befürchtet habe, daß dem Konzern die Bankguthaben gesperrt werden könnten. Diese Gelder hätten sich schon im Tresor befunden, als die Untersuchungskommission ihre Arbeiten begann.

„Dagens Nyheter" berichtet, es herrsche in Warschau

unter den polnischen Politikern große Erregung,

weil unter den hinterlassenen Papieren Kreugers angeblich eine Namensliste verschiedener polnischer politischer Persönlichkeiten gefunden worden sei. Auf dieser Liste seien auch

„Geschenke"

verzeichnet, die Politiker von Kreuger erhalten haben sollen. Neun namhafte polnische Persönlichkeiten sollen in diese Angelegenheit verwickelt sein.

Keine Fälschung der polnischen Monopolabkommen

Laut Mitteilung der Kreuger-Kommission in Stockholm sind die Befürchtungen über Fälschungen der polnischen Monopolabkommen unbegründet. Dagegen habe man ein fingiertes Abkommen von 1925 gefunden. Dieses Abkommen stehe jedoch in keinem Zusammenhang mit den oben erwähnten gültigen Abkommen und habe also keinen Einfluß auf die Beziehungen zwischen der schwedischen Gesellschaft und der polnischen Regierung.

Keine französische Stützung des Kreuger-Konzerns

Wie Kreuger zu der Fälschung italienischer Schatzanweisungen kam

Die Aufgabe des Bankdirektors Rydbecks in Paris, die französischen Banken für eine Stützung der produktiven Unternehmungen des Kreuger-Konzerns zu gewinnen, soll, wie die Stockholmer „Nya Dagligt Allehanda" aus Paris melden, als gescheitert zu betrachten sein.

Der römische Vertreter der „Dagens Nyheter" will aus bester Quelle erfahren haben, wie Kreuger auf die Idee kam, die italienischen Schatzanweisungen zu fälschen. Es scheine, als ob Kreuger der italienischen Regierung vorgeschlagen habe, neu herauszugebende Schatzscheine „en bloc" für 3 Milliarden Lire zu übernehmen. Die Schatzanweisungen sollten dem Käufer überreicht werden. Dieser sollte sich verpflichten, die Schatzscheine in gewissen Raten einzulösen. Die italienische Regierung habe jedoch den Vorschlag Kreugers glatt abgelehnt. Man behaupte jetzt, daß sich Kreuger danach entschlossen habe, die Schatzscheine zu fälschen.

Moderne Lichtbühne
Burscheid

Freitag 8.15 Uhr, Samstag 8.15 Uhr,
Sonntag ab 3.30 Uhr, Montag 8.15 Uhr.

HANS ALBERS
in
Bomben auf Monte Carlo
mit
ANNA STEN und HEINZ RÜHMANN.

Dazu
1. Kabarett-Programm

Mitwirkende:
Otto Wallburg **Hans Wassermann**
Fritz Beckmann **Siegfried Arno**
Trude Berliner.

Ufa-Woche **Kulturfilm** **Lustspiel**

Jugendliche haben keinen Zutritt.

Max-Moritz 31er
bringt im April
Winzerstimmung
im passend dekorierten Sälchen
U. a.: Flaschenweine von 90 Rpf ab aufwärts
Heyders Altbergische Gaststätten

LICHTSPIELHAUS HILGEN

Achtung! **Achtung!**

Samstag 8.15 Uhr und Sonntag 5 und 8 Uhr

Pat und Patachon
in dem 100% Ton-Lustspiel
Kunstschützen

Napoleon auf St. Helena
(Der gefangene Kaiser)
Ein Film von beispielloser Dramatik.

Ping und Pong im wilden Westen
Ton-Lustspiel.

Kulturfilm

Jugendliche haben Zutritt.

Wählt
keine Radauhelden. Nur pflichtbewußte Volksvertreter des freien Bürgertums schaffen geordnete Zustände. — Die

Deutsche Staatspartei

bietet hierfür volle Gewähr.

Darum jede Stimme der

Liste 7

Preuße erwach!

Denk daran

Den **Arbeiter** um seine Arbeit gebracht,
Den **Bauern** enteignet und noch verlacht,
Den **Bürger** mit Steuern und Kuckuck bedacht,
Das **ganze Volk** zu Bettlern gemacht
Hat das schwarz-rote Preußen. Drum frisch zur Schlacht
Zur **Freiheit** führt Euch die

LISTE 8 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)

Neue ermäßigte Anzeigenpreise durch den
Personal-Anzeiger des „Daheim“

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim“. Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1.08 RM für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten“

Demaskierung

Dicke Bonzenlippen saugen
Treue aus der Ehre Mark.
Tränen kullern aus den Augen,
und die „Einigkeit“ macht stark.
Schwarz die einen, rot die andern,
sah man sie auf leisen Zeh'n
hinter einem Recken wandern,
den sie selber nicht versteh'n.

Wohl ein Dutzend von Parteien
hörten wir wie einen Mann
hinter den Kulissen schreien:
„Rette sich, wer eben kann!“
Denn hier galt's vor allen Dingen,
das zu biegen, was nicht brach.
Und die braven Wähler gingen
einem leeren Schemen nach.

Nun sind die Versteckenspiele
ein für allemal vorbei.
Aus dem einen wurden viele,
und ein jeder heißt Partei!
Aus des Riesen Schatten kreuchen,
wo der Mohr die Pflicht getan,
all die alten Vogelscheuchen
ohne Maske auf den Plan.

Wem die Augen noch verschlossen
bei der Präsidentenwahl,
sieht nun plötzlich tief verdrossen,
daß sein Herz ihm falsch befahl!
Immer hörte er's beweisen,
daß des „Volkes“ Stimme sprach.
War die Front aus echtem Eisen,
wenn sie so zusammenbrach?

Lieber Wähler, laß dir's sagen:
Jetzt bei dieser Preußenwahl
hat die Glocke zwölf geschlagen,
laut und wirklich ganz legal!
Gestern noch für Hindenborgen,
fehlt dir heute die Idee,
und dir bleibt für übermorgen
nur die NSDAP!

Preußen erwacht!
Wählt Liste 8!
NSDAP Burscheid.

Leupin-Creme u. Seife
vorzügliches Hautpflegemittel seit Jahren glänzend bewährt
bei **Flechte, Jucken,**
Ausschlag, Krätze, Hämorrhoiden, Beinschäden, Wundsein u. s. w.

Colonia-Drog. Leo Becker
Hauptstr. 29.

Wohnhaus
mit 9 Zimmer, 2 Spülküchen und schönem Garten, Nähe Bahnhof Kuckenberg, steht **zum Verkauf.**
3 evtl. 4 Zimmer sind sofort zu beziehen.
Evtl. 3 bis 4 Zimmer, Spülküche und Garten sofort **zu vermieten.**
Angebote unter „S. S. 2“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Turngemeinde Burscheid e. V.
Kreis 8 b Bergischer Gau

Samstag, den 23. April, abends 8.30 Uhr,
Monats-Versammlung
im Vereinslokale.

Tagesordnung:
1. Wanderung am Himmelfahrtstage.
2. Kreisjugendfest.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Der Turnrat.

Tüchtiger Schlosser, Dreher oder Galvaniseur, welcher einen Betrag von 2-3000 RM, gegen Sicherstellung und Zinsen zur Verfügung stellen kann, für dauernde Beschäftigung sof. gesucht.
Angebote unter „A Z. 300“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Guterhaltener
Kinderwagen
preiswert zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gasthaus Wehnen, Kuhle
Sonntag, den 24. April 1932
Frühlings-Ball
Es ladet freundlichst ein: H. Wehnen.

Damen- u. Herrenfrisier-Salon Gerhards



Erstklassige Bedienung!
Föhnwellen Dauerwellen
Moderne Frisuren
Haarfärben
Künstl. Höhensonne-Bestrahl. gegen Haarausfall
Fernspr. 604 Hauptstr. 36

Preußen erwache

Macht Euch frei
Von Hakenkreuz und Hitlerei!
Laßt Euch raten:
Wählt am Sonntag Sozialdemokraten!

. . . wählt Liste 1

---

§ Steuerberatung
Rechtsbelehrung

Wirtschaftliche Kurzbriefe
über Steuer-, Verkehrswesen, Wirtschaftskunde
Fordern Sie kostenloses Probeabonnement

4 Wochen gratis die „WK“ gegen diesen Gutschein

Rudolf Lorentz Verlag
Charlottenburg 9

Bade Dich gesund!
Kurbad Hammerschmidt
Opladen, Humboldtstraße 19-23
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr. Ärztlich geprüftes Personal. Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Fort mit den Schuldnern und Verschwendern!

Die Sparer wähl', dann wird sich's ändern!

Wählt Volksrecht-Partei!

Wählt Liste 5a!

Freitag u. Samstag doppelte Rabattmarken

außer Zucker, Natur-Butter und Eier

Süßrahmbutter, feinste	1 Pfd. 1.38	Holländer u. Edamer, vollfett	1 Pfd. 0.68
Gek. Schinken, f. Hinterschink.	1/4 Pfd. 0.28	Limburger, ohne Rinde	1 Pfd. 0.50
Eier, vollfrisch	10 Stück 0.55	Salatöl, bekannt gut	1 Ltr. 0.45
Bierwurst, prima	1 Pfd. 0.65	Plockwurst, prima	1 Pfd. 0.95
Bratwurst, geräuchert	1 Pfd. 0.85	Weiße Bohnen	2 Pfd. 0.25
Blutmagen, feinster	1 Pfd. 0.60	Gelbe Erbsen	1 Pfd. 0.19
fetter Speck, dick	1 Pfd. 0.58	Vollreis, glasiert	1 Pfd. 0.18
Fleischwurst, prima	1 Pfd. 0.80	Auszugsmehl, lose	1 Pfd. 0.25
Hausm. Blut- o. Leberwurst	1 Pfd. 0.40	Eier-Schnittnudeln	1 Pfd. 0.42
Westf. Koch-Mettwurst	1 Pfd. 0.48	Eier-Makkaroni	1 Pfd. 0.42
Feines Mischobst	1 Pfd. 0.50	Ölsardinen, Klubdose	0.25

Schmierseife, beste Leinölw.	Pfd. 0.15	Hamka-Kaffee, mit Gutscheinen reinschmeckend und frisch gebrannt	
Silberseife, beste	1 Pfd. 0.22	Haushalt-Kaffee	1/2 Pfd. 1.—
Feine Kernseife	3 Doppelstücke 0.25	Spezial-Kaffee	1/2 Pfd. 1.25
Feine Kernseife	zirka 450 gr 0.25	Frühstücks-Kaffee	1/2 Pfd. 1.50
Aufnehmer	Stück 0.35, 0.50	Feinkost-Kaffee	1/2 Pfd. 1.80

Sammeln Sie Hamka-Rabattmarken und Bargeld-Gutscheine

Hamburger Kaufhaus - Franz Bremer Burscheid Opladen

In der ständischen Sammlung der Gleichgesinnten, in der Front der freien deutschen mittelständischen Menschen in Stadt und Land,

schließen sich alle die eisern zusammen, die ein Preußen der Freiheit und des Fortschritts wollen, ein Preußen der Bürger und Bauern!

Ihr habt die Macht, wenn Ihr sie haben wollt!

Schluß mit dem System des schwarz-roten Preußen! Los von den Sozialisten von links und rechts, nationaler und internationaler Einstellung! In den Kampf gegen Futterkrippenwirtschaft, Verschwendung und Knechtung!

Hinein in die Front der Stände!
Für wirtschaftliche Vernunft und Wiederaufbau!

Wählt Liste 6 Wirtschafts-Partei

Unsere Kandidaten

Arbeiter der Stirn und Faust stellen sich zur Preußenwahl

Düsseldorf-Ost

1. Florian, Friedr. Karl, Grubenbeamter, Düsseldorf
2. Klein, Dr. Josef, Volkswirt, Düsseldorf
3. Schumann, Wilhelm, Maurer, Wuppertal
4. Diehl, Emil Heinrich, prakt Arzt, Krefeld
5. Straßweg, Alfred, Anstr., Wermelskirchen
6. Zech, Karl, Hauptmann a. D., Essen
7. Redieß, Wilhelm, Monteur, Düsseldorf
8. Mißmahl, Fritz, Gerichtsassessor, Düsseldorf
9. Quella, Alfons, Buchhalter, Duisburg
10. Bieber, Rudolf, Oberingenieur, Düsseldorf
11. Scheibner, Werner, Gärtner, Wuppertal
12. Keyßner, Werner, kfm. Angest., Rheinhausen
13. Klemm, Wilhelm, Kaufmann, Kettwig
14. Weidtmann, Otto, Metzger, Mettmann
15. Schroer, Hermann, Rechtsanw., Wuppertal
16. Kropp, Hans, Regierungsrat, Düsseldorf
17. Overdieck, Fritz, Verlagsleiter, Düsseldorf
18. Dierichs, Willi, Landwirt, Mettmann
19. Becker, Wilhelm, Kaufmann, Krefeld
20. Ebel, Horst, städt. Beamter, Düsseldorf
21. Moll Walther, kfm. Angestellter, Düsseldorf
22. Görlich, Alwin, Spediteur, Cleve
23. Börger, Erich, kfm. Angestellter, Neuß
24. Lietz, Paul, Oberpostsekretär, Düsseldorf
25. Walter, Erich, Zivil-Ing., Düsseldorf
26. Eickenberg, Otto, Tischler, Mettmann
27. Hagenkötter, Hugo, Kunstmaler, Düsseldorf
28. Hunger, Maximilian, Reichsbahnoberfekr., Wuppertal
29. Ackers, Jakob, Konditor, Düsseldorf
30. Schuster, Wilhelm, Maurerpol., Wuppertal
31. Gierlichs, Hans, prakt. Arzt, Wupp.-Neviges
32. Lüttgens, Fritz, Zeichner, Rheinhausen
33. Grauel, Josef, Förster, Stenden
34. Fetköter, Hans, Bergmann, Mörs
35. Pelzer, Wilhelm, Kaufmann, Neuß
36. Stauf, Wilhelm, Kaufmann, Düsseldorf
37. Wegener, August, Händler, Düsseldorf

Düsseldorf-West

1. Zillkens, Rudolf, Schriftleiter, Essen
2. Neven, Fritz, Schlosser, Duisburg
3. Ilbertz, Heinrich, Landw., Büttgen b. Neuß
4. Bollmann, Ernst, Kaufmann, Mörs
5. Peppmüller, Friedrich, Reichsbahnassistent, Oberhausen
6. Gutenberger, Karl, Bankbeamter, Essen
7. Bieber, Rudolf, Oberingenieur, Düsseldorf.

Gebt am 24. April den undeutschen Parteien dieses Systems die richtige Antwort, wählt

Liste

8	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung)	8	⊗

Keine Stimme dem System Braun-Severing oder den Splitterparteien!

Helft dem Nationalsozialismus zum Siege, und Sauberkeit, Ordnung und Arbeit werden in Preußen wieder oberster Grundsatz sein!

NSDAP Burscheid

Konsumgenossenschaft

EINIGKEIT

Wir empfehlen als äußerst preiswert

Eier, extra schw. per Stück	0.07 u. 0.06	Speck, fetten, aus eigner Schlachtung	per Pfd. 0.52
Margarine n. or. Fabr.-Mk.	per Pfd. 0.80-0.28	Lüngen, dicke, aus eigner Schlachtung	per Pfd. 0.60
Schmalz, am. gar. rein	per Pfd. 0.46	Nierenfett, in Pak. aus eigner Schlachtung	per Pfd. 0.28
Kokosspeisefett, i Tafeln	per Pfd. 0.32	Flomenschmalz, in Pak.	per Pfd. 0.75
Erdnußtafelöl, allerf. Qual.	p. Ltr. 0.72	Bierwurst u. Presskopf	per Pfd. 0.80
Salatöl Ia	per Ltr. 0.46	Schwartemagen, prima	per Pfd. 1.00
Limburger Käse	per Pfd. 0.44	Blut- u. Leberwurst Ia	per Pfd. 0.40
Edamer Käse, vollfett	per Pfd. 0.72	Leberwurst, beste	per Pfd. 0.76
Blütenmehl	2-Pfd.-Btl. 0.50	Bratwurst, prima	per Pfd. 0.88
Weizenauszugsmehl	2-Pfd.-Btl. 0.54		
Rosinen Ia	per Pfd. 0.52		
Maiskernpuder	Paket 0.32		
Haferflocken, lose	per Pfd. 0.24		

Brot

Nullbrot, Kasseler, Eifler — a 2 1/2 Pfund man beachte die Gewichte **0.50**

Einigkeitkaffee beliebt und bekannt, weil stets frisch gebrannt 1/4 Pfund-Paket nur 0.80, 0.70, 0.60 und 0.50 RM

Billige

Weine		Spirituosen	
30er Bosenheimer	p Fl. 0.50	Kornbranntwein, Hausm.	1 Ltr. 2.55
30er Niersteiner-Domtal	p. Fl. 0.70	" "	3/4 Ltr. 2.05
Zeltinger Schloßbg, f. Mos.	p Fl. 0.70	Weinbrand-Verschnitt	1/1 Ltr. 2.70
29er Ayler Herrenberg Wachstum Bischöfl. Konvikt	p Fl. 1.50	" "	1/2 Ltr. 1.45
29er Berncasteler Rosenbg. Wachstum Thanisch	p. Fl. 1.70	ff. Weinbrand	1/1 Fl. 3.45
30er Dürckh. Feuerberg feiner Rotwein	p. Fl. 0.70	"	1/2 Fl. 1.80
Tarragona	p. Fl. 1.00	Liköre	per Fl. 3.10 u. 1.70

Dortmunder Hansa-Bier per Flasche **0.35**

Amer. Tafeläpfel per Pfd. 0.40 und **0.36**
ff. Jaffa-Apfelsinen per Stück **0.13**

5 Prozent Rückvergütung auf alle Beträge!

Rosen prima Qualität . . . per Stück 0.25 Rpf
II Qualität . . . . . per Stück 0.15 Rpf
(Auf Ausstellungen gezeigte Sorten)

Gladiolen- und Dahlien-Knollen
Gartensämereien Kappuspflanzen
Neu-Anlagen von Gärten und Gräbern - Binderei - empfiehlt

Ernst Plänker, Gartenbau-Betrieb
Burscheid Fernsprecher 374.

Sohn ordentlicher Eltern als

Schreiner-Lehrling

gesucht.

Hugo Steffens
Benninghausen.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 94 2. Blatt Freitag, 22. April 1932

Bekommen wir einen schönen Sommer?

Einer der bekanntesten Meteorologen Englands, Donald W. Horner, äußerte sich über die Wetteraussichten für den kommenden Sommer. Der Sachverständige erklärte, daß es eine ganze Reihe von Methoden gäbe, um das Wetter einer ganzen Jahreszeit vorauszusagen. Und diesmal sei es mit erstaunlicher Sicherheit gelungen, auf allen Wegen zum gleichen Ergebnis zu kommen: Die wissenschaftliche Wetterkunde deutet darauf hin, daß das Jahr 1932 einen trockenen und warmen Sommer mit Hitzewellen im August und September bringen wird.

Dieses Ergebnis erhält man durch die beim heutigen Stand der meteorologischen Wissenschaft zuverlässlichste Arbeitsmethode, durch die Auswertung der sogenannten „Wetterperiodizitäten". Man hat also Vergleiche anzustellen mit ganz bestimmten Jahren der Vergangenheit, in denen sich das Wetter ähnlich entwickelt hatte.

Es existiert, wie die Aufzeichnungen aller Länder beweisen, eine Periodizität der Wettererscheinungen, die sich alle 34 Jahre mit gewisser Aehnlichkeit wiederholen. Es handelt sich hier um den Brückner-Zyklus. Man muß also 34 Jahre zurückgehen und Vergleiche mit dem Wetter des Winters 1897/98 anstellen. Der Dezember 1897 war mild, bis auf einige Tage, die zwischen Weihnachten und Neujahr lagen. Aehnlich war es im Jahr 1931. Wir hatten in England und Deutschland für die Jahreszeit hohe Temperaturen zu verzeichnen. Der Januar 1898 war im Durchschnitt aller europäischen Länder ganz ungewöhnlich warm. Bei hohem Barometerstand gab es außerordentlich viel Sonnenschein, genau wie dieses Jahr.

Der Sommer des Bezugsjahres 1898 wurde warm und trocken mit zwei längern Hitzewellen. Würde nur dieses eine Bezugsjahr dieses Resultat ergeben, so hätte die Analogie für den Sommer 1932 keine allzugroße Wahrscheinlichkeit. Es existiert aber noch ein andrer, kürzerer Wetterzyklus. Es ist die in elfjährigen Abständen sich wiederholende, vulkanische Tätigkeit auf der Sonne, die wir als Sonnenflecken beobachten können. Auch vor elf Jahren ähnelten die Wettererscheinungen denen des Jahres 1898 und dieses Jahr außerordentlich. Der Vergleich bringt tatsächlich ein vorzügliches Ergebnis.

Der elf Jahre zurückliegende Winter 1920 bis 1921 hatte nur kurze Kälteperioden; in Deutschland wurde es erst sehr spät kalt. Im ganzen gesehen, war das Wetter ungewöhnlich mild. Und der Sommer des Jahres 1921 brachte wundervoll warmes Wetter, das von April bis Oktober fast ununterbrochen andauerte. — Die Kontrolljahre beider Wetterperioden lassen also den Schluß zu, daß wir uns im kommenden Sommer an schönem warmem Wetter werden erfreuen können. Aber noch etwas anderes sagen die Meteorologen voraus: die sehr gut fundierte Theorie über den Einfluß der Sonnenflecke auf das Wetter behauptet, daß eine ganze Serie warmer Sommer und milder Winter bevorsteht.

Die rheinische Landwirtschaft von heute

Donnerstag abend, den 21. April 1932, hielt Rittergutsbesitzer Heuser im Westdeutschen Rundfunk einen beachtenswerten Vortrag, den wir hier auszugsweise wiedergeben.

Die Lage der rheinischen Landwirtschaft wird durch zwei Tatsachen am deutlichsten gekennzeichnet. Einmal sind seit 1926 die Verschuldung um fast das Dreifache gestiegen und die Zinsverpflichtungen entsprechenden erhöhten Diskontsätzen in weit stärkerem Maße angewachsen. Und zum andern ist seit dem vorigen Jahre ein solcher Preissturz für tierische Erzeugnisse eingetreten, daß heute z. B. der Index für Rindvieh auf 54, für Schweine auf 76 und für Milch auf 87 v. H. der Vorkriegshöhe gesunken ist. Angesichts der Tatsache, daß dann noch die Einnahmen unserer bäuerlichen Betriebe bis zu 80 Prozent aus der Viehzucht stammen und der Index fast aller Produktionsmittel, die die Landwirtschaft kaufen muß, auf 125—130 steht, liegt es für jeden Denkenden auf der Hand, daß das rheinische Bauerntum mit gewaltigen Verlusten arbeiten muß. Gewiß weiß auch der Bauer, daß die Besserung der Preise, die allein der weiteren Verschuldung einen Halt bieten kann, bei mehr als 6 Millionen Erwerbslosen gewaltigen Schwierigkeiten begegnet. Aber es ist klar, daß die Verluste in der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, soll der Bauer nicht in das furchtbare Los der Arbeitslosen hineingleiten, unmöglich länger getragen werden können. Man denke nur daran, daß ein Bauer in den Höhengebieten, der jährlich 1—2 Stück Vieh verkauft, heute je nach Art und Qualität kaum mehr als 80—220 RM an Bareinnahmen im Jahre hat. Davon soll er alle Aufwendungen an Steuern, Kleidung und Erziehung der Kinder bestreiten. Folgen sind nur zu oft Zwangsversteigerungen. Man muß befürchten, daß das, was hier an bodenständigem Bauerntum verloren geht, durch keine noch so gut gemeinte Maßnahme zurückgewonnen werden kann.

Selbsthilfemaßnahmen

Es ist selbstverständlich, daß der rheinische Bauer diesen wirtschaftlichen Schlägen nicht tatenlos gegenübersteht, kommt es doch nicht von ungefähr, daß gerade in der Nachkriegszeit in der Rheinprovinz das Streben des Bauerntums nach technischen Kenntnissen und nach Vervollkommnung seiner Arbeitsmethoden besonders stark hervorgetreten ist. Man denke nur an die weithin sichtbaren Erfolge der Grünlandbewegung, der Durchbildung des Versuchswesens und der Umstellung im Sortenbau, die zunehmende Regsamkeit der Züchterorganisationen und als besonders wichtig, die rasche Entwicklung des Milchkontrollvereinswesens, die sich alle einer weitgehenden und nachhaltigen Unterstützung von Staat und Provinz erfreuen dürfen. Hervorragender Beweis für wirkliches Vorwärtsstreben des rheinischen Bauerntums ist aber der gewaltige Aufschwung des landwirtschaftlichen Schulwesens in unserer Heimatprovinz, das sich trotz der Not der Zeit auf imponierender Höhe gehalten hat. Dreitausend rheinische Jungbauern erhalten hier ihre Fachbildung. Diese Selbsthilfemaßnahmen müssen sich auch in den Produktionsleistungen der einzelnen Betriebe auswirken. Die breite Oeffentlichkeit sollte doch mehr als bisher anerkennen, welche Leistungen die rheinische Landwirtschaft trotz der überaus schwierigen Lage, trotz der gewaltigen Verschuldung für die Vervollkommnung ihrer Qualität geleistet hat. Im Frühgemüsebau, im Feldgemüsebau, in der Obsterzeugung, im Ausbau der Tierzucht und des Molkereiwesens, in der Eiererzeugung sind große Fortschritte gemacht worden. Allein mit Unterstützung der Staatsbehörden sind in den letzten 2 Jahren im rheinischen Höhengebiet 19 neue Molkereigenossenschaften entstanden. Ein wirksames Mittel die so marktfern gelegenen Gebiete an den Verbraucher heran zu bringen. Die mit Hilfe des Notprogramms der Regierung geschaffenen Eierabsatzgenossenschaften haben ihren Absatz bereits von 30 über 100 Millionen Eier steigern können, und der neu organisierte Gemüse- und Obstabsatz sichert durch zahlreiche neue Kohlscheunen jetzt über den Winter hinaus einwandfreies Gemüse. Der Kampf mit dem Ausland um den Markt ist entschlossen aufgenommen. Leider sind aber gerade diese Zweige der Veredelungswirtschaft vom Preissturz besonders hart betroffen und wenn ihnen nicht wirtschaftspolitischer Schutz wird, besteht die Gefahr, daß diese gesunde Fortentwickelung hier unterbrochen wird. Den starken Aufschwung der Züchtung zeigte weithin sichtbar die Provinzialausstellung des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen in Krefeld. Die dort vorgeführte Pferde-, Rindvieh-, Schweine- und Kleintierzucht zeigte besonders für die Pferdezucht eine so hohe Stufe der Durchführung unserer Pferdebestände, daß die rheinische Kaltblutzucht innerhalb unseres Vaterlandes unbestritten die Führung hat. Das Milchkontrollvereinswesen sichert die gute Entwicklung der Rinderzucht, die Grünlandabteilung des Landwirtschaftlichen Vereins fördert die Umstellung der Weidetechnik. Das sind nur einige Maßnahmen aus dem umfangreichen Selbsthilfeprogramm der rheinischen Landwirtschaft. Wenigstens kurz erwähnen müssen wir noch das Molkereiwesen und die Absatzvereinigung, die den Höhenbauer an den Markt anschließen. Wir müssen es nur dankbar anerkennen, daß Reich und Staat durch Beihilfen die Möglichkeit gaben, in fast allen Kreisen der Eifel, des Hunsrück und des Westerwaldes neue Molkereien zu gründen. Zum besseren Absatz ihrer Produkte hat die rheinische Landwirtschaft nach dem Vorbilde des Auslandes sich wertvolle Organisationen für Obst, Eier, Honig- und Käseabsatz geschaffen. Sie zu fördern wird die wichtigste Aufgabe der Preußischen Landwirtschaft sein. Es ist schon einmal betont worden, daß alle diese großen Mühen umsonst sein müssen, wenn kein ausreichender wirtschaftspolitischer Schutz vorhanden ist. Heute schon ist ein gewisser Rückgang im rheinischen Erzeugungsapparat für jeden erkennbar. Preisverbesserung tut not, wenngleich sie mit den furchtbaren Schwierigkeiten der Weltkrise zu rechnen hat. An alle muß ich hier die Bitte richten, den Selbsthilfeorganisationen der rheinischen Landwirtschaft über diese schweren Jahre hinüber zu helfen; den vielen Züchtervereinigungen, Milchkontrollvereinen, Versuchsringen, den Grünlandaußenstellen und Absatzorganisationen. Hier ist die Landwirtschaft auf die Mitarbeit aller Behörden angewiesen, und es sei auch an dieser Stelle mit Dankbarkeit anerkannt, daß die enge und sachverständige Zusammenarbeit dieser landwirtschaftlichen Organisationen mit den Staats-, Provinzial- und Kommunalbehörden und die von diesen Stellen gewährte Förderung so überaus erfolgreich war. Sie geht weit über das hinaus, was in anderen Provinzen unseres Vaterlandes geleistet werden konnte. Unsere technischen Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft sind zum großen Teil auf diese Beihilfe von Behördenseiten aufgebaut.

Vor uns steht das erschütternde Problem eines 6 Millionen Erwerbslosenheeres. Es müßte hier eine Verbindung der Erwerbslosenfrage mit den großen und dringenden Aufgaben der Landesmelioration über alle politischen Hindernisse hinweg gefunden werden, wenn die jetzige Generation ihre Mission, eine bessere Zukunft für Kinder und Enkel aufzubauen, durchführen will. Es gibt keine deutsche Zukunft, ohne deutsches und ohne rheinisches Bauerntum!

Arbeitslosigkeit und Finanznot

Steigende Finanznot in den westlichen Landgemeinden

Die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben steigt von Monat zu Monat. Besonders stark wirkt sich die Arbeitslosigkeit in den westlichen Landgemeinden aus, in denen die Blutleere der Wirtschaft am schärfsten in die Erscheinung tritt. Nach den Feststellungen des Preußischen Landgemeindetages West hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen im Monat März eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Die Zunahme gegenüber dem Vormonat beläuft sich in allen Gemeinden auf 6,6 v. H., in den Landgemeinden sogar auf 9,6 v. H. gegenüber 5,6 v. H. in den großen Städten. In den Landgemeinden der Rheinprovinz ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen um 7,8 v. H. (gegenüber 6,6 v. H. in den kreisfreien Städten) gestiegen. Sie beträgt in den Regierungsbezirken Aachen 5,9 v. H., Düsseldorf 6,9 v. H., Koblenz 8,0 v. H., Köln 6,7 v. H. und Trier 33,2 v. H. Die Landgemeinden in der Provinz Westfalen haben eine Steigerung aufzuweisen von 7,3 v. H. und zwar in den Regierungsbezirken Arnsberg 8,7 v. H., Minden 5,9 v. H. und Münster 6,1 v. H. Im Laufe des Rechnungsjahres ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen gestiegen: in der Rheinprovinz von 21 387 auf 49 164, also um 129,9 v. H. und in der Provinz Westfalen von 13 439 auf 40 429, also um 200,8 v. H. Entsprechend ist die Steigerung in den einzelnen Regierungsbezirken. Besonders stark ist die Zunahme im Regierungsbezirk Trier mit 734,2 v. H., es folgen die Regierungsbezirke Minden mit 241,8 v. H., Arnsberg mit 219,6 v. H., Münster mit 164,9 v. H., Köln mit 134,4 v. H., Koblenz mit 129,3 v. H., Düsseldorf mit 121,6 v. H. und Aachen mit 97,6 v. H. Bemerkenswert ist, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht nur die industriellen Landgemeinden in ihrer Existenz bedroht, sondern auch die rein ländlichen Bezirke. Hier ist das Einströmen aus der Krisenfürsorge in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge besonders stark.

Unter diesen Umständen ist in zahlreichen westlichen Landgemeinden eine ordnungsmäßige Aufstellung der Haushaltspläne unmöglich. Aus zahlreichen Berichten, die täglich der Oeffentlichkeit zugängig gemacht werden, läßt sich das Ausmaß der Finanznot klar erkennen. Viele Gemeinden sind seit Monaten nicht mehr in der Lage, den dringendsten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Folgen für die Privatwirtschaft sind nicht abzusehen. Selbst die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen ist vielfach ins Stocken geraten. Reichs- und Staatshilfe reichen bei weitem nicht aus. Für die Reichsregierung gibt es jetzt kein Ausweichen mehr. Der äußerste Zeitpunkt, zu dem die immer dringlicher werdende Forderung auch des Preußischen Landgemeindetages West auf eine Neuregelung in der Aufbringung der Wohlfahrtslasten endlich in Erfüllung gehen muß, wenn nicht das Schlimmste eintreten soll, ist nunmehr gekommen.

Arbeitsbeschaffung tut not

Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem Lande

Mit Beginn des Frühjahres ist, wie erwartet, eine wenn auch geringe Abnahme der Arbeitslosenziffer eingetreten. Die saisonübliche Wirtschaftsbelebung durch stärkere Beschäftigung in einzelnen Gewerben scheint auch in diesem Jahre nicht auszubleiben. Mehrere tausend Arbeitslose sind bereits wieder in den Wirtschaftsprozeß eingegliedert und es ist zu hoffen, daß diese Ziffer in den nächsten Wochen und Monaten noch steigt.

Wir sind damit durch den schweren Winter 1931/32, der als einer der sorgenreichsten der letzten hundert Jahre bezeichnet worden ist, noch verhältnismäßig ruhig hindurchgekommen. Die von einzelnen befürchtete Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen auf acht Millionen ist zum Glück nicht eingetreten. Ein umfassendes Arbeitsprogramm von Reich, Staat und Ländern wird einer weiteren Abnahme der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zugute kommen.

Bei dieser Gelegenheit dürfte es am Platze sein, einmal kurz die Maßnahmen von Staat und Ländern zur Milderung der Arbeitslosigkeit kurz aufzuzählen: Förderung der Siedlung, stärkere Stützung des Kleingartenwesens. In dem Randgebiet der Städte, besonders der Groß- und Mittelstädte wird in größerem Umfange als früher Land zur Verfügung gestellt. Durch Aussiedlung von Kleinrentnern, Sozialrentnern und Pensionären in die Außenbezirke der Städte oder ganz aufs flache Land wird ein Doppeltes erreicht: diesen Schichten, die wenig Aussicht haben demnächst wieder in einem Beruf unterzukommen, erhalten eine Sicherung ihrer Existenz, die ihnen Tatkraft und Lebensfreude wieder bringt. Zugleich ergeben sich dadurch Ersparnismöglichkeiten an zusätzlicher Wohlfahrtsunterstützung seitens der Städte.

Neben der vorstädtischen Siedlung ist eine ländliche Art von Siedlung heute ins Auge gefaßt. In Gegenden, wo ganze Dörfer unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise arbeitslos wurden, z. B. Dörfer, deren männliche Bevölkerung größtenteils in Saisonarbeit tätig ist, wird durch ausgiebige Hergabe von Land für Anliegerpachtung und Anliegersiedlung neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeit geschaffen. Wenn Arbeitslose selber Besitzer eines Eigenheimes mit kleiner Landzulage sind, so kann durch Zupachtung oder Landzuteilung oft Arbeit für mehrere Familienmitglieder geschaffen und durch die Bodenerträgnisse eine fühlbare wirtschaftliche Besserstellung der Familie des Arbeitslosen bewirkt werden. Auch die Gemeinden erhalten so die Möglichkeit einer finanziellen Erleichterung. Endlich ist noch die Primitivsiedlung zu erwähnen. Bei dieser Siedlungsform wird Land und Holz vom Staat aus eigenem Besitztum zur Verfügung gestellt. Um eine möglichste Verbilligung der Erstellungskosten zu bewirken, wird der freiwillige Arbeitsdienst zu solchen Arbeiten herangezogen.

Arbeitsmarkt in der Rheinprovinz

Weiterer Rückgang

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Rheinland hat sich in der ersten Aprilhälfte der Arbeitsmarkt für männliche und für weibliche Berufe entgegengesetzt entwickelt. Während die Gesamtzahl der männlichen Arbeitsuchenden einen weiteren Rückgang um rd. 1000 erfuhr, ist die Zahl der weiblichen um 3600 gestiegen. Am Stichtag Monatsmitte April wurden 641 389 männliche und 115 004 weibliche Arbeitsuchende gezählt.

In der Schwerindustrie, in Hütten- und Walzwerkbetrieben, sowie in der metallverarbeitenden Industrie sank die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden um rund 200, was in der Hauptsache auf die Wiederinbetriebnahme eines vorübergehend stillgelegten Großbetriebes im Bezirk Moers zurückzuführen ist. Der Arbeitsmarkt der Maschinenindustrie zeigte eine weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Der Waggonbau und Fabrikationsbetriebe für Eisenbahnoberbaumaterial nahmen infolge Eingangs von Reichsbahnaufträgen

geringe Einstellungen vor. In der Textilindustrie erhöhte sich die Zahl der Arbeitsuchenden.

Eine beachtliche Belebung hatten die Außenberufe aufzuweisen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging um rund 5000 zurück. Allein die Baufacharbeiter wiesen einen Rückgang um rd. 2500 auf, während die Zahl der Bauhilfsarbeiter um 750 zurückging.

Der Arbeitsmarkt der Angestellten erfuhr durch den Vierteljahrstermin eine starke Erhöhung der Arbeitsuchendenziffer, und zwar bei den männlichen Angestellten um 2827, bei den weiblichen um 1884. Besonders hervorzuheben ist die Entlassung von rd. 1000 technischen Angestellten. — Der weibliche Arbeitsmarkt verschlechterte sich ferner durch Entlassung von Hauspersonal.

Als Sondervorgang ist bemerkenswert, daß in diesem Jahre stärker noch als in den Vorjahren Lehrlinge sofort nach Beendigung der Lehrzeit, sowohl aus industriellen und gewerblichen Betrieben als auch aus den Angestelltenberufen, zur Entlassung gekommen sind.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger sank in der Berichtszeit um 14 897 auf 154 491, diejenige der Krisenunterstützungsempfänger um 2779 auf 223 764.

Zweck und Ziel der Stenografenvereine

Die Stenographenvereine bieten allen, denen es aus irgend einem Grunde nicht möglich war, an öffentlichen Schulen die Kurzschrift zu erlernen, durch Einrichtung von Einführungskursen Gelegenheit hierzu, und sie geben denjenigen, welche an einem Einführungslehrgang teilgenommen haben, an den wöchentlichen Uebungsabenden die Möglichkeit, sich in der Kurzschrift fortzubilden und die Schreibgeschwindigkeit zu steigern.

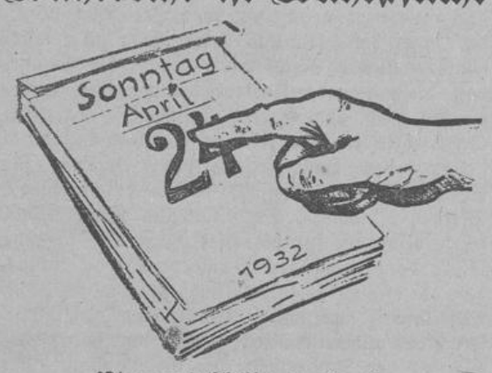
Durch diese Aus- und Fortbildung in der Kurzschrift leisten die Stenographenvereine auch allgemeine Bildungsarbeit: sie fordern von ihren Mitgliedern und Schülern ernste, beharrliche Arbeit, Fleiß, Sorgfalt und Genauigkeit, sie vertiefen ihre sprachlichen Kenntnisse und erweitern ihren geistigen Gesichtskreis. So fördern sie die Jugend sittlich und geistig und leisten wertvolle Jugendpflege. Mit der Schaffung der Einheitskurzschrift im Jahre 1924 hat die Systempolemik glücklicherweise ein Ende genommen, die bis dahin vielen die Teilnahme an den Uebungen verleidete, weil an den Uebungsabenden immer wieder der Kampf gegen andere Systeme in den Vordergrund trat, der auf die Dauer sehr abstoßend wirkt und der die Aus- und Fortbildung in der Kurzschrift nicht unwesentlich hemmt. Neben einer einheitlichen Rechtschreibung war ein einheitliches Kurzschriftsystem für die deutsche Sprache ein dringendes Erfordernis. Beweis dafür sind die große Zahl der in der Einheitskurzschrift jährlich Unterrichteten — es werden jährlich rund 500 000 Einführungslehrgänge von den verschiedenen Verlegern abgesetzt — und die große Zahl der durch die Handelskammern geprüfte Stenographen — im letzten Jahre bestanden die Handelskammerprüfung 3687 Einheitsstenographen, aber nur 761 Anhänger irgend eines der alten Systeme.

Auch der hiesige Verein für Einheitskurzschrift hat noch bei jeder von der Industrie- und Handelskammer in Solingen abgehaltenen Stenographenprüfung Erfolge erzielt.

Die Behörden verlangen von ihren Beamten die Kenntnis der Einheitskurzschrift. Bei Prüfungen haben Reichs- und Staatsbeamte die Kenntnis der Einheitskurzschrift nachzuweisen. Aber auch viele industrielle Werke und Handelshäuser haben den Vorteil einer einheitlichen Kurzschrift erkannt.

Der Burscheider Verein für Einheitskurzschrift bietet in seinem Vereinslokal (Bruno Lungstraß) allen Kennern der Einheitskurzschrift durch seine regelmäßigen Uebungsabende Gelegenheit, ihre Kenntnisse zu erweitern. Am verflossenen Dienstag hat zudem ein neuer Anfängerunterricht begonnen, an dem noch Lernende teilnehmen können.

Wahlrecht ist Wahlpflicht



Niemand bleibe zu Hause

Hast du schon daran gedacht? Zwischen 8 Uhr vormittags und 5 Uhr nachmittags wird gewählt. Vergiß nicht, daß du in dieser Zeit deiner Wahlpflicht genügen mußt.

Selbstverschuldetes Unglück

Wenn Millionen arbeitslos werden, tritt die soziale Fürsorge ein, um ihnen ihr Leben zu fristen. Wenn Erdbeben und Ueberschwemmung ein Land heimsuchen, regt sich bei den Nachbarvölkern das Erbarmen, und sie helfen das Elend lindern. Auch der traurige Einzelfall rührt und ergreift, sobald er als schreiende Ungerechtigkeit erscheint. Bei Fehlurteilen der Justiz setzen sich die Massen für einen unschuldig Verurteilten ein.

Aber das menschliche Gemüt verhärtet sich merkwürdig, sobald jemand durch eigene Schuld ins Unglück geriet. Da sind wir plötzlich selbstgerecht und erheben Vorwürfe. Selbst die Familie eines Leichtsinnigen, der sein Glück verscherzte, läßt man darunter leiden. Jeder Hausvater, der die Seinen lieb hat, sollte sich diese kleinmenschliche Eigenschaft gegenwärtig halten, statt sich zu trösten: es wird schon Mitleidige geben, die sich meiner Frau und meiner Kinder annehmen, falls ich sie in Not zurücklassen muß. Und jede Frau, die sich der Mitverantwortung in der Ehe bewußt ist, soll sich klar und deutlich eingestehen: auf Fremde ist nicht zu bauen. Nur eigene Vorsicht und Umsicht schützt davor, im Alter an den Bettelstab zu kommen. Nun haben zwar die meisten Familienväter bald nach der Heirat vorgesorgt, indem sie sich in eine Lebensversicherung einkauften. Das gehörte früher zur Ordnung des Daseins. Mittlerweile jedoch lockerte sich vielfach diese Selbstzucht, weil es manchen bitter ankommt, Jahr um Jahr die Versicherungsbeträge aus dem verminderten Einkommen herauszusparen. Der Gehetzte, der nicht aus noch ein weiß, bricht kurzerhand seine Versicherung ab — und ist von einer Jahresabgabe befreit. Er atmet auf... Aber er könnte sich die Atempause auch dadurch verschaffen, daß er sich, bei länger bestehendem Vertrag, die Einzahlungen für eine Weile stunden oder von der Versicherungs-Gesellschaft seine Police beleihen läßt. In der Atempause kann er mit neuer Kraft sich regen und später seine Schuld zurückzahlen.

Auch der Gedanke liegt nahe, die Höhe des Kapitals herabzusetzen, das beim Tode des Versicherten seinen Erben oder ihm selbst beim Eintritt ins Alter zufällt. Die Versicherungsbeiträge würden dadurch natürlich geringer. Dennoch bleibt es unklug, den Grundbestand des künftigen Vermögens anzutasten. Vorsorge für Tod und Alter in denkbar günstigster Form sind in schweren Zeitläuften doppelt unerläßlich. Dagegen ginge es wohl an, den Auszahlungstermin — und damit die Altersruhe — selbst willkürlich hinauszuschieben, indem man sich vornimmt: ich will zehn Jahre länger im Erwerbsleben mittun und das Kapital mir erst nach einer Vertragszeit von dreißig statt zwanzig Jahren aushändigen lassen (für den Fall des Todes ist dadurch nichts verschoben oder verwandelt). Allerdings muß erneute Gesundheitsprüfung diese Vertragsänderung zulassen. Findet sie statt, so schrumpft die Höhe der Versicherungsprämie sofort spürbar ein. — Auch durch eine Umschreibung der bisher vielleicht angesammelten Gewinnanteile (die meist nach dreijähriger Versicherungszeit auf die Versicherung entfallen), wäre eine Entlastung herbeizuführen. Häufig werden sie zum Kapital geschlagen und erst bei dessen Auszahlung samt Zinsen vergütet. Auf Wunsch kann eine Verrechnung solcher Gewinnanteile schon auf den Prämien in Kraft treten. Ueberdies brauchen die Prämien nicht jährlich entrichtet zu werden, wie man es einstmals aus Bequemlichkeit zu tun pflegte. Vierteljährliche oder gar monatliche Zahlungen sind meistens möglich, jede Zerlegung einer größeren Summe erleichtert das Zahlen. Auf alle Fälle ist die Aufrechthaltung einer bestehenden Versicherung jedes Opfer an sonstigen Einschränkungen wert. Schon damit einst die mitleidslose Welt gegen einen Alternden oder Toten nicht den Vorwurf erheben kann, er habe seine Pflicht versäumt. Die Gewißheit, daß er auch nur eine einzige Prämie eingezahlt zu haben braucht, um bei vorzeitigem Tode seine Familie mit der vollen Summe des vereinbarten Kapitals versorgt zu wissen, macht das Leben wie das Sterben leichter. Und die Hoffnung auf einen sorgenfreien Altersfeierabend im Genuß des angesammelten Vermögens entschädigt für manche Entbehrung junger Jahre.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst und Gemüseverwertungsgenossenschaft, Opladen vom 21. April

Spätkartoffeln 3,7; Spinat 2—3,5; Feldsalat 8,9; Wirsing grün 7,2—7,5; Dauerrotkohl 6—6,1; Weißkohl 4,7—5; Grünkohl 4,3—5,1; Rote Möhren 6,6; Rübstiel 5,8—7,7; Schnittgemüse 8,8—10,5; Birnen 9; Radies 4,4—5,7; Porree 1. Sorte 3—5,6; Treibhausgurken 35; Eier 4,8—5,9; Enteneier 5,2—5,4; Kohlrabie 8,7.

Tendenz: Anführ mittel, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung Montag, 25. April, nachmittags 13,30 Uhr.

Aus der Heimat

Bomben auf Monte Carlo

Ueber dem leuchtenden Blau des Mittelmeeres strahlt die Sonne des Südens warm und hell auf die wilden Uferfelsen der Küste, auf die Fischer, auf die schäumende Brandung und auf den Kreuzer „Persimon", der weiß und träge in der blauen See vor Anker liegt. Doch plötzlich wird die Stille durch ein Telegramm der Königin Yola (Anna Sten) unterbrochen, das besagt, daß der Kapitän Craddock (Hans Albers) eine Vergnügungsreise mit der Königin antreten soll. Doch er hat keine Lust dazu. Sein Wachoffizier Schmidt (Heinz Rühmann) will ihn dazu bewegen, doch er weist dieses Ansinnen ab. Nach Monte Carlo zu fahren, gibt er Befehl. Die Abenteuer, die die drei dort erleben, seien hier nicht erwähnt — sie nehmen dem Film den Reiz. Mit den Schlagern „Das ist die Liebe der Matrosen" und „Eine Nacht in Monte Carlo" ist der Tonfilm „Bomben auf Monte Carlo", der am Freitag, Samstag, Sonntag und Montag neben einem guten Beiprogramm in der hiesigen Modernen Lichtbühne gegeben wird, ein Film, den man sich ansehen sollte.

Wir verweisen auf die diesbezügliche Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Pat und Patachon in Hilgen

Wie aus einer Anzeige in vorliegender Ausgabe ersichtlich, bringt am Samstag und Sonntag das Lichtspielhaus Hilgen den 100-prozentigen Ton-Lustspiel-Film „Kunstschützen" mit Pat und Patachon heraus. Lachsalven werden in jeder Vorstellung bei dem Anblick dieser beiden „Kunstschützen" niedergehen, denn dieser Film ist eine ganz lustige Angelegenheit.

Ein Film, groß im Entwurf und zwingend in der Ausführung ist „Napoleon auf St. Helena" oder „Der gefangene Kaiser". Das übrige Beiprogramm ist gewiß ebenso sehenswert wie die Hauptfilme.

Frühlingsball in Kuhle

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe ladet Herr Heinrich Wehnen in Kuhle zu einem am kommenden Sonntag, den 24. April, bei ihm stattfindenden Frühlingsball ein.

Herbsttagung in Opladen

Auf der Frühjahrstagung des Kreiskriegerverbandes in Ohligs wurde beschlossen, die diesjährige Herbsttagung in Opladen abzuhalten.

Verkehrswerbung

In einer Vorstandssitzung des hiesigen Verkehrs- und Verschönerungsvereins am gestrigen Abend beschäftigte man sich eingehend mit der Frage der Verkehrswerbung. So ist u. a. vorgesehen, an einem Nachmittag der übernächsten Woche eine Anzahl Vertreter der umliegenden Großstadtzeitungen nach hier einzuladen und ihnen auf einer Rundfahrt durch Burscheid die Schönheiten unserer Gemeinde zu zeigen. Ueberhaupt soll die Werbung in der Presse der benachbarten Städte wieder intensiver betrieben werden in dem Gedanken, daß viele heute nicht mehr die Mittel haben, um weite Reisen zu unternehmen, und diesen zu zeigen, daß sie auch in der Nähe in schönster Umgebung Ruhe und Erholung finden können. Hoffen wir, daß die Bestrebungen unseres rührigen Verkehrs- und Verschönerungsvereins auch in dieser Richtung hin, vollen Erfolg haben.

Tagung der rheinischen Züchterwelt

Zur Tagung des Provinzialverbandes der rheinischen Geflügelzuchtvereine in Brühl bei Bonn hatten 204 Vereine ihre Vertreter entsandt. Auch der Bund Deutscher Geflügelzüchter (Sitz Halle a. d. S.) und die Rheinische Landwirtschaftskammer waren vertreten. Den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Verbandsvorsitzende Georg Jung (Düsseldorf), der darauf hinwies, daß die gesamte Geflügelzucht erheblich unter dem Druck der Wirtschaftslage gelitten habe. Nachteilig für die Entwicklung der Geflügelzucht seien einerseits die hohen Futtermittelpreise und andererseits die geringen Preise für die Erzeugnisse. Die im Laufe des Jahres durch das Reich beschlossene Maisverbilligung hätte nur für einen kleinen Teil der Züchter einen Vorteil gebracht, und zwar nur dann, wenn die Erzeugnisse der genossenschaftlichen Eierverwertungsstelle zur Verfügung gestellt worden seien. Alle Bemühungen des Bundes, die Verbilligung jedem Züchter zukommen zu lassen, seien leider erfolglos geblieben. Die vom Bund dem Verbande und den Vereinen zuteil gewordenen Unterstützungen könnten in dem bisherigen Umfange nur aufrechterhalten bleiben, wenn auch die Ringprovision eine entsprechende Höhe behalte. Vom Provinzialverband, der rund 240 Vereine mit etwa 8000 Mitgliedern umfasse, seien bis Ende März 1932 47 Ausstellungen mit Ehrenpreisen bedacht worden.

Kein Material gefunden

Bei den Haussuchungen bei Kommunisten, die am Mittwoch im ganzen Reich vorgenommen wurden, wurde im Rhein-Wupper-Kreis belastendes Material nicht vorgefunden.

Worauf Geflügelbesitzer achten müssen

Mit Recht beschweren sich Gartenbesitzer und Landwirte über das freie Umherlaufen der Hühner, Enten und Gänse. An verschiedenen Stellen hat das Geflügel an der jungen Saat ganz erheblichen Schaden angerichtet. Die Besitzer scheuen meistens gegen Nachbarn wegen dieser groben Fahrlässigkeit in persönlicher Rücksprache oder Aussprache vorzugehen. § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes in der neuesten Fassung belegt diejenigen Tierbesitzer, die bei der Tierhaltung nicht die gehörige Sorgfalt walten lassen, mit entsprechender Geldstrafe. Nebenher läuft selbstredend die Verpflichtung zum Schadenersatz. Wer sich vor Strafe und unnötigen Geldauslagen schützen will, beachte die gesetzlichen Bestimmungen.

Hebammengebühren um 10 Prozent gesenkt

Auf Grund eines Erlasses des preußischen Wohlfahrtsministers vom 21. März ds. Js. hat der Regierungspräsident die für den Regierungsbezirk Düsseldorf erlassene Gebührenordnung festgelegt, daß bei Verbindung von Besuchen mehrerer Wöchnerinnen an dem gleichen Ort die Wegegebühren von der Hebamme nur einmal erhoben werden dürfen. Diese Gebühr ist gleichmäßig auf die Wöchnerinnen zu verteilen.

Ein Fußgänger erhält vier Monate Gefängnis

Ein Fußgänger, der einen Motorradunfall verursacht hatte, wurde zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. Der Fußgänger wollte bei der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin den Fahrdamm überschreiten, als ein Motorradfahrer, da die Verkehrsampel freie Fahrt gab, daherkam. Der Motorradfahrer mußte scharf bremsen, und dabei wurde ein junges Mädchen, das auf dem Soziussitz saß, heruntergeschleudert und starb an einem Schädelbruch. Das Gericht sprach den Motorradfahrer frei und verurteilte den Fußgänger.

Reitturnier in Bergisch Neukirchen

Alljährlich bietet der Kreisverband ländlicher Reitervereine Solingen-Land der Oeffentlichkeit ein Reiter-Sportfest, das abwechselnd in den Städten seiner Ortsgruppen abgehalten wird. In diesem Jahre ist die Veranstaltung nach Berg. Neukirchen gelegt worden. Damit findet dort zum ersten Male ein solches Turnier statt, an dem auch der neu entstandene Neukirchener Reiterverein lebhaften Anteil nimmt. Besonderer Förderer und Träger des Festes ist der Verkehrs- und Verschönerungsverein, der das Ereignis mit dazu berufen hat, dem örtlichen 75jährigen Stadtjubiläum feierlichen Ausdruck zu geben.

Als Tag der Veranstaltung ist endgültig der 8. Mai bestimmt. Die Fülle der Einzelheiten des Programms läßt erkennen, daß das Reit- und Springturnier für die Teilnehmer und Zuschauer recht sehenswert werden wird. Es sind vorgesehen: Reiterprüfung, Dressurprüfung, Jagdspringen, Reiterspiele, Eignungsprüfung für Wagenpferde, Gruppenspringen, Vorführung eines ländl. Springpferdes und als besondere Ueberraschung die Vorführung einer Neukirchener Reitabteilung in Vorkriegsuniformen. Die Darbietungen werden ausgeführt von den Mitgliedern der Reitervereine Berg. Neukirchen, Burscheid-Paffenlöh, Langenfeld und des Reit- und Fahrvereins Solingen-Ohligs. An der Spitze der Turnierleitung steht Rittmeister a. D. Busch, Langenfeld. Das Fest findet statt auf der Weide des Landwirts Wirtz in Hüscheid. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage hat der Verkehrsverein die Eintrittspreise außerordentlich niedrig gesetzt, um so dem Publikum den Besuch leichter zu ermöglichen. Es kostet der Stehplatz nur 0,30 RM und der Sitzplatz 0,50 RM, dazu wird das Programm gratis gegeben.

Sicherlich wird die Veranstaltung eine große Anziehungskraft haben, besonders auch, weil sie in die Zeit der herrlichen Baumblüte fällt. Durch die unbeständige Witterung der letzten Wochen wird der 8. Mai voraussichtlich der erste Blütensonntag in Berg. Neukirchen sein.

Aus Anlaß des geplanten Reitsportfestes hatte der Verkehrs- und Verschönerungsverein den Herrn Reichspräsidenten gebeten, sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift als Ehrenpreis stiften zu wollen. Diesem Wunsche ist nach einer Mitteilung aus dem Büro des Herrn Reichspräsidenten entsprochen worden. Damit wird die Preisbewerbung auf dem Reitturnier eine ganz besondere Würdigung gewinnen. Als Preisrichter haben bereits eine Anzahl prominenter Reiter zugesagt, darunter Rittmeister a. D. Däther, Krefeld, vom Provinzialverband und Polizeihauptmann Graf von Merveldt aus Köln.

Das Neueste

Durch eine im Reichsgesetzblatt von heute veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. April wird die Branntweinsteuer von 400 auf 250 RM pro Hektoliter gesenkt und damit der Verkaufspreis der Monopolverwaltung von 6 auf 4 RM pro Liter herabgesetzt. Die Verordnung tritt am vierten Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.

Von zuständiger preußischer Stelle wird zu den Blättermeldungen, daß das preußische Innenministerium angeblich zugesagt haben soll, die Passagiere des argentinischen Deportiertenschiffes „Chaco" vorübergehend in Preußen an Land gehen zu lassen, ausdrücklich versichert, daß ein solcher Antrag im preußischen Innenministerium garnicht vorliegt, sodaß auch eine Stellungnahme dazu nicht erfolgt ist. Im übrigen wird darauf verwiesen, daß diese Angelegenheit überhaupt nicht in den Aufgabenbereich des Innenministeriums gehört.

Tardieu wird, wie der „Matin" meldet, heute Abend von Genf nach Belfort fahren und über Paris am Dienstag nach Genf zurückkehren.

Der Genfer Korrespondent der „Daily Mail" glaubt melden zu können, daß zurzeit keine Aussicht auf eine völlige Befreiung Deutschlands von den Tributzahlungen bestehe. Augenblicklich stände vielmehr der Gedanke einer Verlängerung des Tributmoratoriums im Vordergrunde.

In der Pariser Morgenpresse wird allgemein zugegeben, daß die Lage Frankreichs in Genf einer gewissen Isolierung gleichkomme.

Bei einem Zugzusammenstoß auf einem Vorortbahnhof von Paris am Donnerstag-Abend wurden 23 Personen zum Teil schwer verletzt.

Vier Banditen überfielen gestern Abend in Marseille ein Postauto; sie erschossen drei Polizisten und entkamen.

Marschall Pilsudski kehrte heute von seiner Reise nach Warschau zurück.

Bei einer Nachwahl in Wakerfield erzielte die englische Arbeiterpartei ihren ersten Sieg nach den allgemeinen Wahlen. Der Erfolg ist darauf zurückzuführen, daß die liberalen Parteistimmen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten fielen.

5000 Arbeitslose versuchten das Newyorker Rathaus zu stürmen. 25 Personen, darunter mehrere Frauen, wurden verwundet.

Durch ein Großfeuer wurden in Omija (Japan) 1300 Häuser in Schutt und Asche gelegt.

Aus der näheren Umgebung

Remscheid

Politische Schlägerei vor dem Amtsgericht

Hier kam es am Mittwoch verschiedentlich zu politischen Zusammenstößen. Gegen 3,45 Uhr entstand in der Ludwigstraße vor dem Arbeitsamt eine wilde Schlägerei zwischen Angehörigen der KPD und NSDAP, an der sich etwa 50 Personen beteiligten. Die Streitenden wurden von einem Ueberfallkommando auseinandergetrieben. Eine Person führte eine Scheintodpistole bei sich, mit der sie Gegner und Straßenpassanten bedrohte. Die Waffe wurde beschlagnahmt. Urheber der Schlägerei soll eine 22jährige Frau gewesen sein, die einem Flugblattverteiler die Blätter aus der Hand gerissen und ihm ins Gesicht geworfen haben soll. 13 Nationalsozialisten meldeten sich später bei der Polizei, um Strafanzeige gegen die Täter zu stellen, von denen sie leicht verletzt worden seien. Die Ermittlungen sind im Gange.

Im Laufe des Tages kam es auch an anderen Stellen zu Reibereien. Gegen 7 Uhr wurde das Ueberfallkommando zur Bismarckstraße gerufen, wo eine wüste Keilerei im Gange war. Ein Nationalsozialist erlitt einen Armbruch und innere Verletzungen. Etwa 20 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Waffen wurden keine gefunden.

Wuppertal

Beamter in den Händen von Erpressern

Zu den bereits vor einiger Zeit gemeldeten Unterschlagungen beim Wohlfahrtsamt in Wuppertal erfahren wir noch, daß die von dem Stadtamtmann W. unterschlagene Summe sich auf 13 000 Mark belaufen dürfte. Der unverheiratete Beamte lebte in guten Vermögensverhältnissen. Später geriet er durch eigene Schuld in die Hände von Erpressern, denen er aus Furcht nachgab. Dadurch verlor W. nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern vergriff sich später auch noch an öffentlichen Geldern.

Oberbergisches

Gefängnisstrafen für gemeingefährliche Warenschwindler

Das Große Schöffengericht in Köln verurteilte am Donnerstag den 27 Jahre alten Kaufmann Richard Kockenberg wegen fortgesetzten Betrugs und Betrugsversuchs zu 14 Monaten Gefängnis, seinen um ein Jahr jüngeren Bruder Walter zu zehn Monaten Gefängnis, den 40 Jahre alten Kaufmann Josef Wallenstein zu zehn Monaten Gefängnis und den 50 Jahre alten Kaufmann Emil Heese wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis.

Heese besaß zwei völlig wertlose Gewerkschaften „Zufallsglück" und „Unterkaltenbach III", die nicht mehr betrieben wurden, und die er den beiden Brüdern überließ. Die Brüder ließen sich nun Geschäftsbriefbogen mit dem Kopf „Eisen- und Manganerzbergwerk Zufallsglück gegründet 1865" drucken, auf denen auch Bank- und Postscheckkonto, Telegrammadresse und Telephon angegeben waren, obschon nur ein Telephonanschluß und ein möbliertes Zimmer existierten. Auf diesen Briefbogen bestellten sie von ihrem Büro aus, das sie zunächst in Köln aufgeschlagen hatten, bei Firmen in ganz Deutschland Waren aller Art, die zu Schleuderpreisen sofort wieder veräußert wurden. Für etwa 2000 Mark Waren bekam Heese als Kaufpreis für „Zufallsglück". Wallenstein hatte Walter Kockenberg, der unabhängig von seinem Bruder den Warenschwindel in einem anderen möblierten Zimmer betrieb, mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Als Richard Kockenberg in Köln der Boden zu heiß wurde, verlegte er den Sitz der Gewerkschaft „Zufallsglück" nach Düsseldorf und dann nach Berg. Gladbach, wo der Schwindel weitergetrieben wurde. Heese stand im Verdacht, der spiritus rector der großangelegten Schwindeleien zu sein. Das konnte ihm in der Verhandlung aber nicht nachgewiesen werden, sodaß er nur wegen Hehlerei verurteilt wurde.

Köln

Kollidiebe festgenommen

In Köln-Beyenthal konnten durch Beamte der Polizei zwei Kollidiebe festgenommen werden, die gerade dabei waren, zehn Zentner blanken Kupferdraht zu verladen. Dieser Draht soll vor einigen Tagen von einem Lastzug, der die Bonner Landstraße passierte, geraubt worden sein. Die Haussuchung bei einem der Täter, der in Immendorf wohnt, förderte mehrere Kisten Seife zutage.

Düsseldorf

Vor dem Düsseldorfer Erweiterten Schöffengericht fand der Prozeß gegen den Obersekretär Buse, den Graveur Kaiser, die Dentistinnen Müller und Esser und gegen die Dentistin Zech, Mumann, Dörenbeck und Dreßler wegen Betruges zum Nachteil der Düsseldorfer Allgemeinen Ortskrankenkasse statt.

Der Angeklagte Buse hatte als Beamter der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Prüfung der Sammelrechnungen der Dentisten vorzunehmen und die Zahlungen anzuweisen. Er lernte die Dentistin Müller, die nicht zur Krankenkasse zugelassen war, kennen. Mit ihr fertigte er gemeinschaftlich nun gefälschte Listen an, die auf Namen von Dentisten lauteten, die im allgemeinen wenig Rechnungen bei der Krankenkasse einreichten. Diese Listen versah er mit seinem Prüfungszeichen. Das Geld hob er abwechselnd mit Frau Müller ab, wobei er die Unterschriften der Dentisten fälschte. Das so erzielte Geld, das sich in sieben Monaten auf 6 500 RM. belief, wurde geteilt. Der mitangeklagte Graveur Kaiser hatte die Listen, wie er sagt, gutgläubig auf Veranlassung von Buse abgeschrieben. Von den übrigen fünf Angeklagten haben zwei als zugelassene Mitglieder der Ortskrankenkasse die Patienten der übrigen, die nicht zugelassen waren, auf ihre Listen aufgeführt und die entsprechenden Rechnungen einkassiert. Für diese Gefälligkeit erhielten sie Teilbeträge der bezahlten Rechnungen. Außerdem sollen noch einige von ihnen, z. B. der Dentist Dörenbeck, in 2 600 Fällen, viel zu hohe Kosten berechnet haben.

Bei der Vernehmung der Angeklagten beschuldigten diese sich teilweise gegenseitig. So behaupteten die beiden Dentisten, die mit dem Angeklagten Neumann arbeiteten, sie hätten den Angeklagten Neumann nur vertreten, die Fälschungen hätte Neumann selbst begangen.

Das Gericht schloß sich hinsichtlich der beiden Hauptangeklagten, Obersekretär Buse und Frau Müller-Triebel, dem Antrage des Staatsanwalts auf ein Jahr vier Monate Gefängnis bei Buse und sieben Monate Gefängnis bei Müller-Triebel an. Die übrigen Angeklagten wurden wegen fortgesetzten Betrugs zu kleineren Gefängnisstrafen von sechs Wochen bis zu zwei Monaten, für die aber bedingte Strafaussetzung bewährt wurde, verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Westdeutsches

Ein selten gemeiner Racheakt

Adenau, 22. April. Einem Landwirt in Müllenbach wurde ein unglaublicher Streich gespielt. Ueber Nacht hatten unbekannte Täter den Stall betreten und einem Ochsen die Zunge herausgeschnitten. Das stattliche, acht Zentner schwere Tier mußte notgeschlachtet werden. Es besteht kein Zweifel, daß es sich um einen politischen Racheakt handelt.

Gefährliches Kinderspiel

Trier, 22. April. In Hirstein auf dem Hunsrück brachten Kinder beim Spielen auf einem Sportplatz einen Kippwagen ins Rollen. Am Ende des abschüssigen Weges stürzte der Wagen eine hohe Böschung hinab. Ein siebenjähriges Mädchen wurde sofort getötet, ein neunjähriges Mädchen liegt lebensgefährlich verletzt darnieder.

Theater und Politik

Der Prozeß um Adolf Meinbergs „Galgen" abgewiesen

Die 5. Zivilkammer des Dortmunder Landgerichts entschied in dem Prozeß, den der Schriftsteller Adolf Meinberg (Dortmund) gegen die Stadt Dortmund angestrengt hatte, zugunsten der Stadt.

Meinberg hatte im vorigen Jahre ein Bergarbeiterstück „Der Galgen" beim Dortmunder Stadttheater angenommen, wurde aber schließlich wieder abgesetzt, weil nach Angabe der Intendanz Meinberg die Bedingung, sein Pseudonym „Peter Hansen" nicht zu lüften, nicht erfüllt hatte. Meinberg hatte gelegentlich des kommunistischen Aufstandes im Jahre 1920 in Dortmund eine führende Rolle gespielt. Für den Fall, daß allgemein bekannt wurde, daß sich hinter „Peter Hansen" der Dortmunder Meinberg verbarg, befürchtete die Intendanz Schwierigkeiten bei der Aufführung seines Stückes.

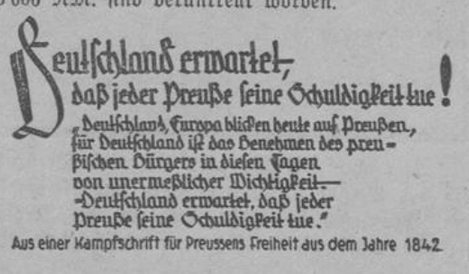
Mit der Klage versuchte Meinberg, die Uraufführung durchzusetzen mit der Begründung, daß die Vereinbarung wegen des Pseudonyms nur gelegentlich mündlich getroffen worden sei. Der wahre Grund, warum sein Stück abgesetzt worden sei, liege im politischen Charakter. Von dem Vertreter der Stadt Dortmund wurde schließlich noch der Einwand erhoben, daß Bergarbeiterstücke im Ruhrgebiet keine Zugkraft hätten, was sich aus der Aufführung verschiedener Bergarbeiterfilme ergeben habe. Meinberg stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß ihm von der Intendanz erst nahegelegt worden sei, ein solches Stück zu schreiben.

Die Zivilkammer wies schließlich nach längerer Beratung die Klage ab und legte dem Kläger die Kosten des Rechtsstreites auf.

20 000 RM. Postgelder veruntreut

Auch ein Wiesbadener Postinspektor verhaftet

In der Unterschlagungsaffäre bei der Post in Erbenheim bei Wiesbaden ist außer dem Oberpostschaffner Seib nun auch sein Aufsichtsbeamter, der Postinspektor Fabrian, wegen Verdachts der Mittäterschaft in Haft genommen worden. Etwa 20 000 RM. sind veruntreut worden.



Betrogene Rauschgifthändler

Eine Rauschgiftschmugglerbande aus dem Saargebiet festgenommen.

Die Polizei in Losheim (Bezirk Trier) nahm sechs Mitglieder einer Rauschgiftschmugglerbande fest, die sämtlich aus dem Saargebiet stammen. Die Vorgeschichte der Ermittlung und Festnahme ist ebenso originell wie interessant. Ein Dentist in Losheim hatte vier Rauschgifthändlern Kokain verkauft und dafür 10 000 Mark erhalten. Da das Kokain aber gefälscht war, drangen die vier Betrogenen nachts in die Wohnung des Dentisten und forderten echte Ware oder ihr Geld. Da sie mit dem Revolver ihre Forderungen unterstrichen, rief die Tochter des Dentisten die Polizei zu Hilfe, die auch gleich erschien und nach Kenntnisnahme der Vorgänge die ganze Bande in Gewahrsam brachte. Die Tochter des Dentisten wurde unter dem Verdacht der Mitwisserschaft festgenommen. Die Schmuggler gehören einer weitverzweigten Bande an, die schon seit längerer Zeit Rauschgifte vertreibt. Ein Mitglied war einige Tage vorher in Trier festgenommen worden bei dem Versuch, Kokain, Opium und Morphium abzusetzen. Da er aber die Namen seiner Komplizen und Hintermänner nicht nannte, war die Polizei auf sich selbst angewiesen.

Blutiger Knabenstreit

Lungenstich mit dem Taschenmesser

Im Duisburger Stadtteil Laar spielte sich abends ein blutiger Knabenstreit ab. Im Verlaufe einer Balgerei wurde der elfjährige Ernst Br. von mehreren Jungen gehänselt. Darauf zog der Bursche ein Taschenmesser und stieß es dem zehnjährigen Fritz Hagen in die Brust. Der Junge trug einen Lungenstich davon und mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden.

Die Zwangsversteigerungen bäuerlichen Besitzes in Preußen

Der Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium Hans Krüger wendet sich im Amtlichen Preußischen Pressedienst gegen eine in der „Grünen Wochenschau" veröffentlichte Kundgebung des Geschäftsführers und Präsidenten des Reichslandbundes, Grafen Kalckreuth. In dieser Kundgebung war u. a. erklärt worden, daß seit 1924 in Preußen die zwangsversteigerten landwirtschaftlichen Betriebe kleineren Umfanges die „angebliche Bauernfreundschaft" der preußischen Staatsregierung „demaskiere". Staatssekretär Krüger weist demgegenüber auf eine amtliche Statistik aus dem Jahre 1913-14 hin, die zeigt, daß der Gesamtanteil der bäuerlichen Grundstücke bis zu 100 Hektar bei den Zwangsversteigerungen im Jahre 1913-14 94,1 Prozent betrug. Seit 1924 dagegen betrage er nach den Angaben des Grafen Kalckreuth selbst 83,9 Prozent.

Ferner weist Staatssekretär Krüger darauf hin, daß der Rat der Volksbeauftragten und der damalige Landwirtschaftsminister, jetzige Ministerpräsident Braun, es waren, die die Landarbeiter von den unwürdigen Gesindeordnungen befreiten und ihnen das volle Koalitionsrecht gaben. Der Freistaat Preußen erst habe den kleinen ländlichen Besitzern das Wahlrecht für die Landwirtschaftskammern verliehen und Zehntausenden von Bauern und Landarbeitern dringend benötigtes Land beschafft. Das neue Preußen habe ferner für die fachliche Ausbildung der kleinen und mittleren Bauern gesorgt. Während es im Jahre 1913 rund 6800 gärtnerische und ländliche Fortbildungsschulen gegeben habe, waren es im Jahre 1930 12 220. Die Zahl der Winterschulen stieg von 239 im Jahre 1913 auf 410 im Jahre 1930.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Die Tür des Finanzamts zugemauert

Opladen, 22. April. Einen besonderen Streich leisteten sich in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag Mitglieder einer politischen Partei. Sie hatten am Mittwochnachmittag in der Nähe des Finanzamtes in Opladen eine Fuhre Schwemmsteine angefahren, die sie anscheinend von einem Neubau in der Ruhlach „entliehen" hatten. Mit diesen Steinen mauerten sie im Laufe der Nacht den Eingang zum Finanzamt bis zu drei Vierteln der Höhe zu. Der Hausmeister des Amtes war morgens natürlich sehr überrascht, sich hinter einer derartigen Mauer zu finden. Er konnte die noch frische Mauer rasch entfernen, so daß die „Attentäter" ihren Zweck, der offenbar auf eine Schließung des Amtes hinzielte, nicht erreichten. Trotzdem wurde über den Vorfall im Laufe des Donnerstags kräftig gelacht.

Merkwürdige Liebhaberei eines Diebes

Opladen, 22. April. In der Nacht zum Mittwoch wurde in ein Geschäft an der Düsseldorfer Straße eingebrochen. Der Dieb erbrach den Schaukasten und entwendete eine Puppe und eine Mundharmonika.

Das Gehalt des Bürgermeisters Wolters

Opladen, 22. April. Wie jetzt bekannt wird, ist Ende März in der Klage der Stadt gegen den frühern Bürgermeister Wolters und jetzigen Oberbürgermeister von Lahr in Baden wegen Herauszahlung des zuviel erhobenen Gehaltsbetrags ein Urteil des Landgerichts zugunsten der Stadt ergangen. Es handelt sich, wie wir hören, um etwa 5500 Mark, die zuviel erhoben wurden. Bürgermeister Wolters hatte das von der Stadtverordnetenversammlung festgesetzte Gehalt abgehoben, das jedoch vom Bezirksausschuß nicht genehmigt wurde, der statt dessen ein niedrigeres Gehalt einsetzte. Nachdem Bürgermeister Wolters von Opladen wegkam, stellte sich heraus, daß er das höhere Gehalt erhoben hatte. Die Rückzahlung verweigerte er, weshalb Klage angestrengt werden mußte. Auch gegen das jetzige Urteil hat er Berufung eingelegt.

Autoverbindung im Stadtgebiet

Leverkusen, 22. April. Der Verkehrsausschuß beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der weitern Durchführung des Autobusverkehrs innerhalb des Stadtgebiets. Es wird dem Finanz- und Verwaltungsausschuß vorgeschlagen, den Autoverkehr dem Unternehmer Schwan, Leverkusen-Manfort, auf vorläufig ein halbes Jahr zu übertragen. Für eine Monatsleistung von 9000 Kilometer soll ihm ein entsprechender Zuschuß gezahlt werden. Voraussetzung für die Uebertragung des Verkehrs ist die Verbesserung des Wagenparks.

Der falsche Kriminalbeamte festgenommen

Leverkusen, 22. April. Festgenommen wurde in Düsseldorf ein Kaufmann, der sich als Kriminalbeamter ausgab und auch in Leverkusen, wie berichtet, Gastspiele gab. Er hat sich auf Rheinschiffen an die Schiffsführer herangemacht und diesen erklärt, sie wegen Diebstahls festnehmen zu müssen. Von den in die Angst gejagten Personen ließ er sich in verschiedenen Fällen Geldbeträge geben, angeblich als Kaution für ihre Freilassung.

Hückeswagen im Rundfunk

Hückeswagen, 22. April. In der Reihe „Städtebilder" wird der Westdeutsche Rundfunk am Samstag das Hörbild „Hückeswagen" bringen. Text und Anordnung der sieben Szenen stammen unter Mithilfe eines Radiofachmannes von Konrektor Wilhelm Blankertz. Schallplatten werden die Ausführungen untermalen. Nach dem Urteil der Rundfunk-Fachleute soll dieses Hörspiel das beste der bisher gesandten Städtebilder sein.

Das Wetter von heute und morgen

Teils heiter, teils wolkig, ohne wesentliche Temperaturänderung, leichte südwestliche Winde.

Was erwarten die deutschen Gewerkschaften von Frankreich?

Der Vorsitzende des ADGB, Leipart, zur Reparationsfrage

Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, hat der „Revue politique et parlamentaire", einer in Paris erscheinenden Zeitschrift, auf die an ihn gerichtete Frage: „Was erwartet das Deutsche Reich von Frankreich?" folgende Antwort gegeben:

„Die deutschen Gewerkschaften sehen in den Reparationen eine ständige, von Jahr zu Jahr zunehmende Gefahr für den Frieden und den wirtschaftlichen Wohlstand der Welt. Sie haben sich niemals dem Gedanken verschlossen, daß die große Aufgabe der endgültigen Liquidierung des Krieges die an ihm beteiligten Völker, Sieger wie Besiegte, veranlassen müßte, die aus ihm entstandenen Lasten zu gleichen Rechten und Pflichten auf sich zu nehmen, um durch ein solidarisches Zusammenwirken eine politische und wirtschaftliche Befriedigung der Welt herbeizuführen.

In diesem Sinne haben sich die Gewerkschaften seit über einem Jahrzehnt für die Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden eingesetzt, obwohl ein rechtlicher Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden nicht anerkannt werden kann.

Die Machtpolitiker wie die Nationalökonomen haben sich als gleich schlechte Psychologen erwiesen. Sie haben übersehen, daß die bloße Tatsache der Reparationen unaufhaltsam eine Atmosphäre wachsenden Mißtrauens zwischen den Völkern (vor allem zwischen Frankreich und Deutschland) schuf, die in einer steigenden politischen Unruhe in Deutschland und Oesterreich und in der Folge in einer tiefgreifenden Störung des Kreditsystems dieser Länder und der ganzen Welt zum Ausdruck kam.

Die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Wirtschaft sind viel enger, als die noch vom Geist des Krieges beherrschten Staatsmänner der Gläubigerstaaten und neben ihnen, wenn auch aus anderen Gründen, manche Wirtschaftssachverständige angenommen hatten. Das Mißtrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse zerstört die Kreditbeziehungen zwischen den Volkswirtschaften und lähmt den normalen Kreislauf der Weltwirtschaft.

Das Vertrauen wird nicht wiederkehren, wenn nicht die sichtbarsten Zeichen des nachwirkenden Geistes des Krieges, die Reparationen, aus der Welt geschafft werden. Der Protest gegen diese Zahlungen wird in Deutschland nicht mehr zur Ruhe kommen, weil die Aufhebung gegen ihre moralische Begründung der Ueberzeugung des ganzen Volkes entspricht. Ohne ihre Beseitigung kann daher weder der politische noch der wirtschaftliche Friede der Welt gesichert werden. Ohne sie ist vor allem die Vorbedingung für einen dauernden Frieden Europas nicht zu erreichen: die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Reparationen in erster Linie die deutsche Krise verursacht haben und daß sie heute das entscheidende Hindernis für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise geworden sind.

Wenn die politische Erregung in Deutschland in allen Kreisen der Bevölkerung wächst und die Wiederherstellung des Vertrauens innerhalb der Weltwirtschaft heute auf so unüberwindliche Widerstände stößt, so liegt es in erster Linie daran, daß unter dem Banne machtpolitischer Vorurteile wiederum eine klare Lösung des Reparationsproblems im Sinne eines endgültigen Verzichtes auf Tribute nicht gefunden zu werden scheint.

Die deutschen Gewerkschaften haben wiederholt an die politische Einsicht der Regierungen der Großmächte appelliert, endlich einen Schlußstrich unter die Reparationen zu ziehen. Sie erkennen aber selbstverständlich an, daß die Anleiheverpflichtungen eingehalten werden müssen. In diesem eindeutigen Sinne fordern sie eine endgültige Regelung des Reparationsproblems, und sie erwarten von Frankreich, daß es die sachlichen Gründe für diese Haltung anerkennen und ihnen Rechnung tragen möge."

Drachen-Steigen

„Ich habe heute einen Drachen steigen lassen", sagt Herr Schwamm. „Sind Sie da nicht schon ein bißchen zu alt dazu?" „Mißverstehen Sie mich nicht! Ich habe meine Schwiegermutter in einen Fahrstuhl gesetzt und sie darin steigen lassen."

Sparsamkeit — bis in den Tod

„Wissen Sie, warum in Schottland die Sterblichkeit die kleinste Zahl aufweist?"

„? ? ?"

„Weil die Beerdigungskosten so groß sind!"

*

Man sieht Bogumil Lärchenschwamm seinen Reichtum wirklich nicht an. Seine Hosen sind ausgefranst, sein Kragen ist so schmutzig wie seine Geschäfte und sein Ueberzieher sieht immer aus, als ob er für Besuche beim Finanzamt speziell präpariert wäre. Aber die ehrenwerten Mitglieder der Bettlerzunft sind über Lärchenschwamms Vermögensverhältnisse ebensogut orientiert wie über das weiche Herz seiner Frau und es vergeht kaum eine Viertelstunde, in der nicht ein Bettler an der Türe klingelt.

Das kann nicht so weitergehen: Bogumil entschließt sich zu einer größeren, aber einmaligen Ausgabe. Er begibt sich in ein Warenhaus und fragt den Portier: „Haben Sie ein Schild, Betteln und Hausieren verboten?"

Der Portier schaut sich Herrn Lärchenschwamm genau an: „Nein," sagt er, „wir haben kein solches Schild. Aber wenn Sie es versuchen, fliegen Sie achtkantig raus."

Poetische Käsereklame

Wie auch die kleinen Kaufleute auf die „Psyche" des Publikums spekulieren, beweist folgendes schöne Verslein, das kürzlich in einer Rostocker Zeitung und im Schaufenster des geschöftstüchtigen Inserenten zu lesen war:

„Den schönsten Kees, na, segg mal wo?
Den kriggst Du hier bi Beggerow.
Mien „Alpenmilch" steckt allens ut,
Dor smeckst den föten Rahm noch rut.
Und köffst Du mal bi Beggerow
Kümmst immer wedder rin.
Mien Wor makt di vergnögt und froh,
Kriggst och wat babenin."

Dieses Gedicht wird dank dem gesunden Humor, der aus seinen Zeilen spricht, bei den Rostockern seine Wirkung sicher nicht verfehlt haben. Für den Dialektdichter eröffnet sich hier also die Möglichkeit zu einem schwungvollen Erwerb. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo jedes Geschäft, das auf Volkstümlichkeit hält, einen Haus- und Leitspruch über seiner Ladentür aufhängt.

*

Bimmelmann sitzt im Theater hinter zwei Damen, die während der Vorstellung unaufhörlich miteinander reden.

„Meine Damen," wehrt er sich endlich, „Sie sprechen fortwährend, und ich kann kein Wort verstehen."

„Das ist ja ganz in der Ordnung," antwortet die eine spitz zurück, „denn was wir sprechen, ist nicht für Sie bestimmt."

Der wandernde Berg an der Mosel

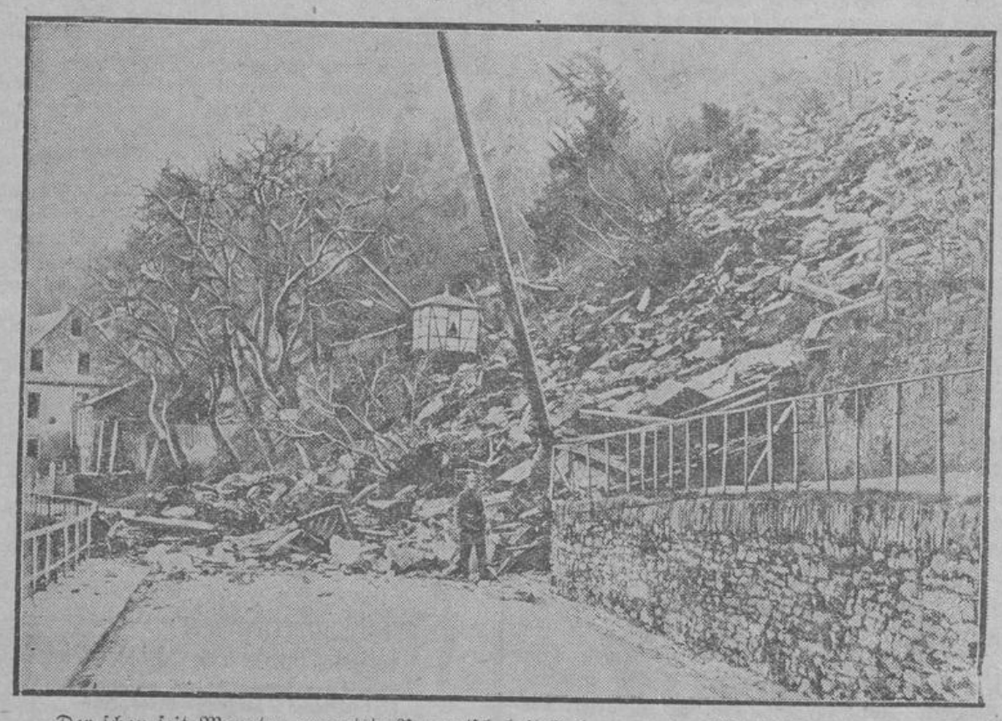
Das freundliche Moselstädtchen Cochem steht noch ganz unter dem Eindruck der furchtbaren Naturkatastrophe, die sich in einer der letzten Nächte ereignet hatte. Seit Monaten „wanderte" der Berg, der oberhalb des Städtchens nahe an die Mosel herantritt. Unaufhörlich rieselten in den letzten Wochen Gesteinsmassen herab. Sicherheitshalber war die am Moselufer hinführende Provinzialstraße längst abgesperrt worden. Warnungstafeln am Ausgang des Städtchens deuteten auf die Bergsturzgefahr hin. Geologen hatten den wandernden Berg bei Cochem untersucht und neue Bergstürze vorausgesagt. Die Cochemer warteten nur darauf, daß eines Tages das Unheil im wahrsten Sinne des Wortes losbrechen würde. Seitens der Behörden hatte man vorsorglich alle nur denkbaren Sicherungsmaßnahmen getroffen. Vom gegenüberliegenden Moselufer bei Cond aus bestrahlte Nacht für Nacht ein Scheinwerfer den gefährlichen Berg. Aufmerksam beobachtete man die unheimliche Bewegung der Gesteinsmassen. Bis dann in der Nacht zum Mittwoch nach einem Tage unaufhörlichen Steingerieselns der Berg ins Wanken geriet und vornüberstürzte. Vom Donner des stürzenden Gesteins erwachten die Cochemer Einwohner. Momente ängstlicher Spannung. Eine unheimliche Dunkelheit breitete sich über dem Städtchen aus. Gesteinsmassen hatten auch die Masten zerrissen und die Stromversorgung Cochems gestört. Eine unheilkündende Staubwolke breitete sich über das Moseltal. Wäre die Naturkatastrophe plötzlich über das Moselstädtchen hereingebrochen, eine düstere Weltuntergangsstimmung hätte alle Leute gelähmt.

Bei Tagesanbruch übersah man die Größe des Unglücks. Steinschutt bis hinunter zur Mosel. Viele tausend Kubikmeter. Im Beisein des Koblenzer Regierungspräsidenten traf man die nötigen Feststellungen. Noch scheint die Gefahr nicht überwunden. Das Gestein bröckelt weiter. Neue Bergstürze werden befürchtet. Hier kann nur noch eine Radikallösung helfen: die Abtragung des ganzen Berges, der sich weit mehr als 100 Meter über das Moseltal erhebt. Die Sachverständigen stecken ihre Köpfe zusammen. Mehr als 100 000 Kubikmeter Fels müssen gesprengt werden. Wenn nur die Finanzierung des Unternehmens nicht so schwierig wäre. Auf eine Million RM müßten schon die Abtragungskosten veranschlagt werden.

Inzwischen geht in Cochem der Alltag weiter. Der Strom der Fremden, den das seltsame Naturschauspiel hierhin gelockt hat, zerteilt sich im Städtchen, das Fremdenverkehr gewohnt ist. Auf dem verzauberten Marktplatz rauscht ein Brunnen. An ihm vorbei gelangt man auf die Steige, die zur Cochemer Burg führt. Zwischen dem Felsgehänge wächst Wein. Ein guter Tropfen, den die Kenner zu schätzen wissen. Zauberisch der Blick von der Burg hinab auf Cochem und die Krümmung des Moseltals. Drunten erwacht schon der Frühling. Wenige Schritte weiter, und man steht an den Warnungstafeln. Von der kleinen Kapelle am Burgberg aus kann man das Trümmerfeld unten am Fluß überschauen. Auch der wandernde Berg wird einmal seine Schrecken verlieren. Und dann erst kann die Cochemer Bevölkerung wirklich aufatmen.



Eine Aufnahme vom Katastrophengebiet des Moselberges bei Cochem, wo sich jetzt der Bergsturz ereignet hat: am Fuße des Berges, von dem die Felsmassen abgestürzt sind, sieht man das Schreinergebäude, das durch die Katastrophe zerstört wurde. Unten links das Flußbett der Mosel, in das die Gesteinsmassen hineingerollt sind.



Der schon seit Monaten erwartete Bergrutsch bei Cochem an der Mosel ist nun eingetreten: 15- bis 20 000 Kubikmeter Erd- und Felsmasse des sinkenden Berges stürzten in die Tiefe auf die Provinziallandstraße und in die Mosel. Unsere Aufnahme vom Schauplatz der Katastrophe zeigt die vollkommen verschüttete Uferstraße.

Turngemeinde Hilgen

Die 1. Elf fährt am kommenden Sonntag nach Lüttringhausen und trägt gegen die 1. Mannschaft des dortigen Turnvereins ein Freundschaftsspiel aus. Die Grünweißen treffen auf einen sehr starken Gegner. Im Hinspiel mußten sie schon eine empfindliche Niederlage einstecken. Darum heißt es am Sonntag auf der Hut sein, damit verlorenes Feld wieder zurückgewonnen wird. Vor allen Dingen muß die vorsonntägliche Niederlage wieder wettgemacht werden. Die Abfahrt erfolgt mit dem Zuge 1,58 Uhr ab Hilgen.

Die Schülermannschaft spielt nachmittags um 1,45 Uhr auf dem Hilgener Platz gegen die gleiche Elf der Turngemeinde Burscheid.

DT-Handball

Im bergischen Turnerhandball ist es am kommenden Sonntag verhältnismäßig ruhig. Neben einem Entscheidungsspiel um den Besten in der Jugendklasse finden noch einige bemerkenswerte Freundschaftsspiele statt.

RTV 61 1. — Cronenberg 1.
RTV 61 1b — Honsberg 1.
Ronsdorfer Tbd. 1. — Radevormwald 1.
Tgd. Lennep 1a — VfL 07 Lennep 1a
RTV 61 1a — Solingen-Kreuzweg 1a

Eingesandt

(Für Aufnahmen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung)

Landwirte!

Wie den meisten Landwirten unserer Stadtgemeinde noch nicht bekannt sein dürfte, besteht von Seiten der Jäger, die in den hiesigen Jagdbezirken ihr Weidwerk ausüben, eine Bewegung, die auf die Herabsetzung der Jagdpacht hinzielt. Da nun zwei Seelen in der Brust unseres Jagdvorstehers wohnen — er ist Jagdvorsteher und Jäger zugleich — hat er keineswegs die Bewegung einfach eingedämmt, indem er den Jägern die letzten Entscheidungen der Gerichte bekannt gab, die dahin lauten, daß Jagdpachtverträge, die im Jahre 1931 abgeschlossen sind, nicht ermäßigt werden, da im Jahre 1931 ja jedem wirtschaftlich denkenden und im Wirtschaftsleben stehenden Mensch schon die prekäre Wirtschaftslage bekannt war. Bei der Versammlung, die der Jagdvorsteher mit den Jägern abhielt, wurden 40 Prozent Ermäßigung auf die Jagdpachtverträge gefordert; dies hat zwar der Jagdvorsteher abgelehnt, aber in Vorschlag gebracht, die Sache durch das Pachteinigungsamt entscheiden zu lassen. Bis zur Entscheidung des Pachteinigungsamtes wurde die Jagdpacht den Jägern gestundet. Mit welchem Recht ist uns unverständlich und es ist wohl nicht zu erwarten, daß die Landwirte, die Grundsteuer zu bezahlen haben, diese auch bis zur Entscheidung des Jagdpachteinigungsamtes gestundet bekommen. Es ist also die höchste Zeit, daß die Landwirte sich zusammenschließen, und sich bei der bevorstehenden Verhandlung beim Jagdpachteinigungsamt einen kompetenten Verteidiger ihrer Rechte besorgen, da es sonst ganz zweifelsohne ist, daß hier nach beliebten Mustern ein Vergleich herbeigeführt wird, der natürlich nur auf Kosten der an sich schon schwer belastenden Landwirtschaft geht. Es wäre wohl Sache der hiesigen Ortsgruppe des Rheinischen Bauernvereins, die Angelegenheit schleunigst in die Hand zu nehmen, damit nicht der Vergleich schon geschlossen ist, bevor die Landwirte irgend etwas von der Sache erfahren. Bestellen sich die Jagdgenossen bei dem Jagdeinigungsamt einen in der Materie bewanderten Rechtsanwalt mit der Anweisung, die Sache unbedingt zur Entscheidung zu bringen, so wird der Urteilsspruch zweifellos wie bei den übrigen Gerichten ausfallen, die sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß im Jahre 1931 abgeschlossene Pachtverträge voll und ganz gültig sind. Wird dagegen ein Vergleich abgeschlossen, der da, wie der Name schon sagt, beim Pachteinigungsamt sehr üblich ist, so kann der ja nur auf Kosten der Landwirtschaft gehen. Es ist höchste Zeit, daß gehandelt wird, sonst bezahlt der Bauer den Jagdherren die ersparte Jagdpacht. Dabei sollen, wie wir in der letzten Stadtverordnetenversammlung gehört haben, die Grundsteuern erhöht werden und dies wird kommen; denn, da die Stadtverordneten diesem Vorschlag nicht zugestimmt haben, wird sie durch unseren Jagdvorsteher als Bürgermeister erhöht, und dann durch unseren Bürgermeister als Jagdvorsteher im Vergleichsverfahren die Jagdpacht ermäßigt. Sieh Bauer, so wirst Du rasiert!

Mehrere Landwirte.

Geschäftliches

Unserer heutigen Ausgabe liegt eine Beilage der Deutschen Staatspartei, Ortsgruppe Burscheid, bei.

Diese Ausgabe umfaßt 12 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr 94 3. Blatt Freitag, 22. April 1932

Bürger im neuen Preußen

Unser Berliner Vertreter hat Gelegenheit gesucht, dem preußischen Ministerpräsidenten einige Fragen vorzulegen, die sich auf besondere Sorgen des Bürgertums gegenüber dem jetzigen Preußen bezogen. Herr Dr. Otto Braun hat unseren Vertreter in einstündiger Unterredung angehört und ihm etwa das Nachstehende geantwortet:

„Auch die breiten Massen des Bürgertums sollten nicht vergessen, daß sie im alten Preußen überwiegend der dritten Klasse der Wähler angehörten und somit ein wesentlich geringeres politisches Recht hatten, als ihnen heute zusteht. Im Herrenhaus haben gleichfalls nur wenige Vertreter des Mittelstandes gesessen. Ich kann mir nicht denken, daß diese bürgerlichen Schichten, die erst durch die Republik politischen Einfluß bekommen haben, wieder zurück möchten in den Zustand, der durch das neue Preußen abgelöst worden ist. Das dürfte im besonderen für die Frauen und für die Jugend gelten, die beide im alten Preußen keinerlei politische Rechte hatten.

Ganz unverständlich ist mir

die Redensart vom „marxistischen" Preußen

und die Behauptung, daß Preußen „von der Sozialdemokratie regiert" werde.

Niemals haben die Sozialdemokraten im preußischen Parlament die Mehrheit gehabt und schon darum hat es niemals in Preußen eine sozialdemokratische Regierung gegeben.

In den Regierungen waren die Sozialdemokraten stets in der Minderheit, meist gab es nur zwei sozialdemokratische Minister, die Höchstzahl war drei. Daraus ergibt sich für jeden Einsichtigen, daß der Einfluß der Sozialdemokratie stets gebunden war an die Zustimmung der bürgerlichen Kollegen im Ministerium. Die preußische Regierung hat eben zu jeder Zeit Koalitionspolitik machen müssen und in dieser Koalitionspolitik sind die Forderungen der bürgerlichen Parteien durchaus zu ihrem Recht gekommen.

Gewiß, fuhr der Ministerpräsident fort, das neue Preußen hat nicht verhüten können, daß

eine furchtbare Krise und eine entsetzliche Arbeitsnot

über das deutsche Volk kam; aber das hätte überhaupt keine Regierung verhüten können. Denn ebensowenig wie irgendein anderes Land kann sich Preußen den Auswirkungen der Weltkrise entziehen.

Doch Preußen hat mit allen verfügbaren Kräften, mit allen irgendwie aufbringbaren Mitteln die Krise zu mildern und den Betroffenen zu helfen gewußt.

Der bürgerliche Mittelstand sollte nicht vergessen, daß die gesamte soziale Fürsorge auch ihm zugute kommt; ungezählte Angestellte der kaufmännischen, der geistigen, sowie vieler anderen Berufe werden von der sozialen Fürsorge und den sozialen Versicherungen erreicht. Dann aber — und darauf möchte ich besonderen Wert legen — sollten die Kaufleute, die Handwerker, nicht zuletzt die Hauswirte bedenken, daß nur durch soziale Fürsorge und im besonderen durch die Arbeitslosenunterstützung wenigstens einigermaßen der erforderliche Geldumlauf, die Mietzahlung und der Einkauf der unentbehrlichen Waren sichergestellt sind.

Aehnlich möchte ich mich zu den so oft erhobenen Vorwürfen über die

Verschwendung im neuen Preußen,

über dessen „Luxusbauten" usw. äußern. Was waren denn das für Luxusbauten?: Schulen, Berufsschulen, Häuser für Jugendpflege aller Art, dann Siedlungsbauten für alle Schichten der Bevölkerung, Krankenhäuser, Sportplätze und dergleichen mehr. Haben nicht an derartigen Bauten und deren Benutzung alle Kreise der Bevölkerung gleichermaßen teil und haben nicht durch die Errichtung all dieser Bauten gerade die Architekten, die Techniker, die Bauhandwerker und alle Lieferanten, die doch überwiegend dem gehobenen Mittelstand angehören, gute Beschäftigung und Verdienst gefunden? Schließlich ist hierzu noch zu sagen:

Das neue Preußen hat 1918 das Land in einem durch den Krieg so verwüsteten Zustand übernommen, daß unbedingt durch neue Bauten den dringenden Bedürfnissen der Verwaltung, der Krankenpflege, der Schule Abhilfe geschaffen werden mußte.

Wenn wir erst einmal aus der Krise herausgekommen sein werden, wird die Oeffentlichkeit dem neuen Preußen für dessen Baupolitik, und ich darf wohl sagen, für die Tapferkeit, mit der es sich entschloß, zu bauen, was not tat, nur dankbar sein.

Soll ich nun noch davon sprechen, daß

die preußische Verwaltung die zweitbilligste aller Länder des Reiches

ist, daß diese Verwaltung, im Gegensatz zu einst, mit allem Nachdruck dazu erzogen wird, dem Publikum zu dienen und nicht bürokratisch das Publikum zu tyrannisieren? Soll ich weiter daran erinnern, daß in diesem neuen Preußen jedermann, sofern er nur die Verfassung und die Gesetze achtet, alle Freiheit hat, seiner Weltanschauung und seiner Religion, auch seinem politischen Bekenntnis zu leben; soll ich im besonderen Ihre Aufmerksamkeit lenken auf die beiden großen Vertragswerke, die das neue Preußen mit der katholischen und evangelischen Kirche abgeschlossen hat, um so — das dürfte nicht übertrieben sein — die letzten Nachwirkungen des dreißigjährigen Krieges zu beseitigen und die konfessionelle Befriedung des preußischen Volkes sicherzustellen? Auch das verdient vielleicht in die Erinnerung gerufen zu werden, daß

das neue Preußen immer darauf bedacht gewesen ist, den Reichsgedanken zu fördern, daß es sich stets hinter die Reichsregierung gestellt hat und daß es durch mehrere Staatsverträge den immer noch wirksamen Geist der Kleinstaaterei im Interesse eines größeren Deutschlands hat überwinden helfen.

Freilich, das darf ich nicht verschweigen, daß die preußische Bevölkerung und leider gerade das Bürgertum mit der neuen Freiheit nicht immer das Rechte anzufangen wußte; ich denke hier im besonderen an die Studenten und an die Schüler der höheren Lehranstalten. Wenn man bedenkt, daß von den Söhnen der Arbeiterschaft nur ein verschwindender Bruchteil auf die Gymnasien oder gar auf die Universitäten und Technischen Hochschulen gelangt, so daß die gewaltigen Beträge, die diese Anstalten kosten, fast ausschließlich den Söhnen und Töchtern des Bürgertums zugute kommen, dann sollten diese Söhne und Töchter und deren Eltern vielleicht doch etwas mehr Respekt haben vor der Leistung und Opferwilligkeit der Arbeiterschaft und vor einer Regierung, an der diese Arbeiterschaft freudig mitwirkt.

Zum Schluß möchte ich noch den Vorwurf zurückweisen: das neue Preußen zerstöre die Tradition und den geschichtlichen Zusammenhang mit dem, was einst war. Auch davon kann gar keine Rede sein. Selbstverständlich muß im neuen Preußen ein neuer Geist herrschen,

nicht der Geist feudaler Obrigkeit, vielmehr der Geist pflichtbewußter Demokratie.

Aber alles, was das Gesetz der Geschichte verlangt, die Besinnung auf die Taten der Väter, auf die großen Vorläufer der Gegenwart, wird auch vom neuen Preußen mit gebotener Ehrfurcht und in historischer Einsicht gepflegt. Den Toten des Weltkrieges hat Preußen ein feierliches Ehrendenkmal in der Landeshauptstadt errichtet; die großen Männer: Stein, Goethe und viele andere, sind zur rechten Zeit würdig gefeiert worden.

Aus dem Wertvollen der Vergangenheit will das neue Preußen Führer in eine nicht minder wertvolle Zukunft sein. Hierzu ist jeder willkommen, der helfen will.

Der Status der Landesbank

In der Sitzung des Provinzialausschusses wurde

ein Bericht des Provinzialausschusses an den Provinziallandtag über die Landesbank der Rheinprovinz

festgestellt. Der Bericht geht in seinem letzten Abschnitt auf den gegenwärtigen Status der Landesbank, die Notwendigkeit von Abschreibungen und auf Zukunftsfragen ein. Der genaue Status zum 30. November 1931 in Aktiva und Passiva mit rd. 831 Millionen RM abschließend, ist dem Bericht biegefügt. Es werden in dem Bericht folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Anteil der Kommunalkredite an den Gesamtkreditvolumen, Verwendung kurzfristig aufgenommener Gelder für langfristige Zwecke und die damit im Zusammenhang stehende Frage der Liquiditätsvorsorge wie des kreisfesten Aufbaues des Gesamtgeschäfts, Bilanzierungsfragen und

Zusammensetzung des Verwaltungsrats.

Was die letztere Frage betrifft, so erklärt der Bericht, daß in den Aufsichtsorganen eines Instituts des Provinzialverbandes, dessen Steuerträger die Kommunen sind, auch diese Kommunen Sitz und Stimme haben müßten. Der Bericht wirft die Frage auf, ob die Höhe der Kreditgewährung an die Kommunen im Rahmen des Gesamtgeschäfts verantwortet werden kann und wenn nicht, wer die Verantwortung trägt, ferner die Verwendung kurzfristiger Gelder zu langfristigen Investitionszwecken, und ob den Generaldirektoren bezüglich der Aufgliederung der letzten Bilanz oder anderer Angaben in Bilanz- oder Geschäftsbericht Vorwürfe zu machen sind. Der Bericht stellt fest, daß sich die Kredite der Landesbank an Kommunen und öffentlich-rechtliche Verbände in Höhe von rd. 676,5 Millionen RM wie folgt aufgliedern:

Ausleihungen an die Kommunen und Kommunalverbände 608,1 Millionen RM und zwar an die Provinz 74,136 Millionen RM Stadtkreise 343,038 Millionen RM, Landkreise, Kreisstädte u. Landgemeinden 191,006 Millionen RM.

Zur Frage der Berechtigung der hohen Kommunalverschuldung erkennt der Bericht an, daß in der Vergangenheit

mit optimistischen Plänen des Guten zu viel

getan worden sei. Man dürfe aber den großen Aufgabenkreis nicht aus dem Auge lassen, der den Kommunen nach zehnjähriger Vernichtung in der Kriegs- und Inflationszeit erwachsen sei. Zu vielen dieser Aufgaben wurden die Kommunen veranlaßt

durch das Drängen der Reichs- und Staatsregierung, der Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeit entgegenzuwirken.

Im Rheinland kamen noch die Anforderungen durch die lange Besatzungszeit hinzu, aus dieser Gesamtlage sei der Verwaltungsrat zu der Vorstellung gelangt, helfen zu müssen. Betreffend die Verwendung kurzfristiger Gelder zu langfristigen Investitionszwecken stellt der Bericht fest, daß zwar aus den bekannten Gründen heraus eine Finanzierung von ihrer Natur nach langfristigen Kreditbedürfnissen in großem Umfange durch Wiederausleihung kurzfristig hereingenommener Gelder erfolgt sei und daß

sich die Generaldirektoren auch über die Möglichkeit einer Umschuldung getäuscht hätten.

Man könne der Landesbank nicht vorwerfen, daß sie die Möglichkeiten zur Ausschöpfung ihres Emissionskredites nicht in genügendem Maße ausgenutzt habe. Anerkannt werden müsse, daß seit 1929 die Landesbank sich nachdrücklich um eine Umschuldung der rheinischen Kommunen im Rahmen der geplanten großen Umschuldungsaktion bemüht habe. Es sei gelungen, durch Umwandlung von Dreimonatsgeldern in Sechsmonats- und Jahresgelder die innere Konsolidierung zu verbessern. In Uebereinstimmung mit den Gutachten der Vereinigung von Banken und Bankiers von Rheinland und Westfalen stellt der Bericht fest, daß

der Liquiditätsmangel nicht als Folge einer zu geringen Liquiditätsvorsorge im subjektiven Sinne

angesehen werden könne. Die Tatsache, daß die Landesbank bei Beginn der Krise in der Lage gewesen sei, in wenigen Wochen über 100 Millionen RM aus eigenen Mitteln zur Auszahlung zu bringen, müsse als Beweis dafür gelten, daß sie allen Anforderungen einer „normalen" Krise hätte gerecht werden können, und daß sie

nur das Opfer einer allen überraschend gekommenen katastrophalen Zuspitzung der Dinge

geworden sei. Festgestellt wird, daß die Krise bei der Landesbank nicht darauf zurückgeführt werden könne, daß sie zu hohe Währungsverpflichtungen eingegangen sei, und daß gerade der plötzliche Rückruf dieser Gelder Anlaß zur Zahlungsstockung gegeben habe. Zur Frage, ob den Generaldirektoren hinsichtlich der Aufgliederung der Bilanz oder anderer Angaben im Bilanz- und Geschäftsbericht begründete Vorwürfe zu machen seien, gelangt die Kommission zu dem Ergebnis, daß diese Fragen zu einer verschiedenen Beurteilung unterliegen könnten, daß aber an dem

guten Glauben der Generaldirektoren

bei Anwendung der von ihnen seit langem geübten und von den bisherigen der Zahlungsstockung vorausgegangenen Revisionen nicht beanstandeten Methoden keine Zweifel bestehen können. Im Schlußkapitel stellt der Bericht fest, daß

der Status der Landesbank auch heute noch aktiv

ist. Die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft gelangt unter Einbeziehung des Stammkapitals zu einem Aktivsaldo von rd. 33 Mill. RM, der allerdings nach Auffassung der Treuhandgesellschaft durch die notwendigen Rückstellungen für Geldbeschaffungskosten (bis disagio) aufgezehrt werden dürfte. Der dem Provinzialausschuß vorgelegte Bericht gelangt jedoch zu der Ueberzeugung, **daß** das tatsächliche Bild sich voraussichtlich noch **günstiger gestalten wird.**

7400 Sprengkapseln gestohlen

Kommunistischer Sprengstoffdiebstahl in Troisdorf aufgeklärt

Wie die Kölner Kriminalpolizei mitteilt, wurde nach längeren Beobachtungen ein Angehöriger der KPD. festgenommen, der geständig ist, im Januar d. J. in einer Sprengstoffabrik in Troisdorf bei einem Einbruch 7400 Sprengkapseln gestohlen zu haben.

Die Angelegenheit gewinnt besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß sich unter den weiter festgenommenen Personen der Leiter des Bezirks Mittelrhein der kommunistischen Partei wegen dringenden Verdachtes der Mittäterschaft an Sprengstoffverbrechen befindet.

Westdeutsches

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Runderlaß des preußischen Handelsministers — Vereinbarungen zwischen Innungen und Arbeitsamt in Köln als Vorbild

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister für Handel und Gewerbe soeben erneut einen Runderlaß an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet, in dem sie nochmals aufgefordert werden, der Bekämpfung der Schwarzarbeit ständig ihr Augenmerk zuzuwenden. Der Handelsminister weist darauf hin, daß zwischen dem Verband Kölner Innungen und dem Arbeitsamt Köln Vereinbarungen getroffen worden sind, die auch in anderen Bezirken als Vorbild dienen können.

Der Verband Kölner Innungen und das Arbeitsamt wollen zunächst die Oeffentlichkeit durch Pressenotizen in regelmäßigen Abständen über die Folgen der Schwarzarbeit für die Gesamtwirtschaft, den Schwarzarbeiter und den Auftraggeber unterrichten. Außerdem sollen alle Behörden und die großen Unternehmungen durch gemeinsame Schreiben des Verbandes der Innungen und des Arbeitsamtes veranlaßt werden, bei ihren Arbeitnehmern keine Schwarzarbeit zu dulden. Arbeitsamt und Innungsverband werden weiter ihre Erfahrungen aus der Verfolgung von Einzelfällen regelmäßig austauschen. Das Arbeitsamt wird ferner künftig die Vermittlung von Arbeitskräften an Berufsfremde unterlassen. Es wird also künftig nicht mehr möglich sein, vom Arbeitsamt Zuweisung von Arbeitslosen zu erhalten, die einen von vornherein bestimmten Auftrag bei einem berufsfremden Auftraggeber ausführen sollen. Schließlich haben Innungsverband und Arbeitsamt verabredet, künftig von Fall zu Fall zusammenzutreten und sich hieraus ergebende weitere Fragen gemeinschaftlich zu erörtern.

Der Wert des neuen in Köln vereinbarten Verfahrens, sagt der Minister, liege darin, daß die Bekämpfung der Schwarzarbeit künftig nicht nur von Seiten des geschädigten Unternehmertums erfolge, sondern tatkräftig auch vom Arbeitsamt selbst angestrebt werde. Es liege auf der Hand, daß durch das Ueberhandnehmen der Schwarzarbeit auch die Arbeitslosenversicherung schwer geschädigt werde.

Der Postbetrug in Frankfurt a. M.

Weitere Verhaftungen

In der Angelegenheit des versuchten Versicherungsbetruges an der Post in Frankfurt a. M. sind außer den beiden Hauptbeschuldigten Frieda Werner und Rudolf Levi der 41jährige Kaufmann Wohnud, der als Geldgeber des Levi gilt und bei dem verschiedene Geschmeide und Edelsteine gefunden wurden, und der 45jährige Josef Frey, der den größten Teil der unterschlagenen Wertgegenstände von Levi gekauft hat, festgenommen worden. Bei der Untersuchung hat sich herausgestellt, daß in die Angelegenheit noch eine ganze Anzahl Personen verwickelt sind, die bei dem Geschäft mitverdient hat.

Im Bett mit der Schnapsflasche vom Feuer überrascht

Im Bett geraucht

Der 66jährige Invalide Grozewski aus der Bauernschaft Ester bei Ahlen wurde in seinem Schlafzimmer tot gefunden. Als ein Bekannter den Invaliden, der seinen 66. Geburtstag feierte, besuchen wollte, schlug ihm aus der Wohnung starker Rauch entgegen. Nachdem mit Hilfe von Nachbarn die Fenster eingeschlagen wurden, damit der Rauch abziehen konnte, bemerkte man, daß das Bett in hellen Flammen stand, während Gr. tot auf dem Fußboden lag. Da man eine zum Teil gefüllte Schnapsflasche vorfand, muß angenommen werden, daß der Invalide, nachdem er dem Alkohol reichlich zugesprochen hatte, im Bett geraucht und das Bett Feuer fing. Grozewski, der eingeschlafen war, ist vermutlich durch Brandschmerzen geweckt worden und hat dann versucht, die Tür zu erreichen. Wie aus der Lage der Leiche hervorgeht, ist er mit dem Kopf gegen die Tür gefallen und dann auf den Fußboden gestürzt. Nach ärztlichen Feststellungen ist der Tod durch Erstickung eingetreten.

Vorerst keine Wiederbesetzung des Gladbecker Oberbürgermeisterpostens

Zurückstellung bis zu einer „besseren Zeit"

Die Stadtverordneten von Gladbeck sollten sich am Donnerstag in einer geheimen Sitzung über die Wiederbesetzung des durch den Tod des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Jovy verwaisten Postens des Stadtoberhauptes schlüssig werden. Von der SPD. wurde als Kandidat der Regierungsrat und Kommunaldezernent bei der Regierung in Minden, Dr. Paul Zenz, vorgeschlagen, doch waren hiermit die Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Kriegsbeschädigten, Evgl. Kommunaler Vereinigung, Deutschnationalen und Arbeiter- und Bauernpartei zusammensetzt, und die Kommunisten, die zusammen über 24 Stimmen verfügen, nicht einverstanden. Die Ablehnung der Wiederbesetzung wurde damit begründet, die Neubesetzung bis zu einer besseren Zeit zurückzustellen. Da SPD. und das gleichfalls für die Wahl von Dr. Zenz eintretende Zentrum nur 21 Sitze aufweisen, konnte eine Neuwahl nicht stattfinden. Die Leitung der Stadt Gladbeck bleibt also vorläufig in Händen des Bürgermeisters Dr. Korn.

Herkunftsbezeichnung auf englischen Einfuhrwaren?

Der auf Grund der Warenmarkenverordnung ernannte ständige Ausschuß hat einen Bericht erstattet, in dem empfohlen wird, daß mit gewissen Ausnahmen auf eingeführten Spielwaren, Sportartikeln, Turnapparaten usw. das Ursprungsland angegeben werden muß. Artikel oder Artikelserien, deren Kleinverkaufspreis im vereinigten Königreich zwei Pence nicht übersteigt, sollen ausgenommen werden. Weitere Ausnahmen sollen gemacht werden für Geräte zum Segeln und Rudern, für Schlittschuhe, Angelgeräte, Spielzeug aus Glas und Steinaut, Karnevalutensilien u. a.

Sie nickte glücklich. Alles hätte sie ihm in diesem Augenblick versprochen.

„Willst du . . . deinen Sohn jetzt sehen?"

Stumm folgte er ihr an die Wiege und sah das kleine, süße Wesen an, das friedlich schlief.

Donell war, als berühre ihn jetzt der Atem einer ganz anderen, reineren Welt, die er bisher nicht aekannt hatte.

„Martin!"

„Wie hast du ihn getauft?"

„Martin!"

Er freute sich darüber. „Ja, du hast recht getan, Martha, daß du ihn nach dem größten Manne des Jahrhunderts genannt hast."

* * *

Als Donell dem Botschafter Ramsay, der die Ordres Bellocks — der war nur offiziell zurückgetreten — erhielt, mitteilte, daß er nicht mehr für England arbeiten könne, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung.

Ramsay wußte, welch fähiger Kopf verloren ging, und er kämpfte mit aller Energie, um Donell England zu erhalten.

Aber Donell blieb zäh und rechnete ab über die erhaltenen Gelder.

„Was wollen Sie tun?"

„Nichts, was Ihnen schaden kann. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß ich der Gegenseite mitteile, was ich weiß. Der Abenteurer Donell hat Ehre im Leib. Sie dürfen nur auf meine aktive Hilfe nicht mehr rechnen. Eins aber sage ich Ihnen: In dem Augenblick, da die alliierten Staaten gegen Deutschland etwas unternehmen, und sei es auch nur eine Wirtschaftsblokade, in dem Augenblick stehe ich auf der anderen Seite. Unter das Vergangene, mache ich einen Strich. Englands Geheimnisse sind bei mir sicher."

Nach zweistündiger Auseinandersetzung verließ er den Botschafter, der sofort nach London telegraphierte.

* * *

Lord Bellock wurde blaß, als er die Depesche las. Er fluchte wie ein alter Landsknecht, gab dann Ramsay neue Ordres und dem Kapitän Gould, einem sehr befähigten Mann der englischen Spionageabteilung, Aufträge. Gould fuhr sofort nach Deutschland.

* * *

„Wir reisen morgen. Milhan wird die Geschäfte der Botschaft führen, bis Lord Burns eintrifft," sagte am nächsten Tag der Botschafter Ramsay zu seiner Gattin. „Ich verabschiede mich heute beim Reichspräsidenten und bitte, dich einzurichten. Gib Ordres zum Packen. Grayton, unser Hausmeister, wird dir behilflich sein."

Als Gemma allein war, kamen ihr die Tränen. Sie empfand ein Bangen vor der Zukunft, fühlte mit einem Male, was es hieß, die Heimat zu verlassen . . . vielleicht für immer.

Und sie dachte an Karner. Alle Liebe, die Sie einst für den Gatten empfunden, erwachte neu in ihr und umrankte Karners Bild.

Karner . . . Martin Walthaus, der Tote! Beide Bilde wurden eins.

Und jetzt sollte sie an der Seite des ungeliebten Gatten die Heimat verlassen! Sollte Karner nie wiedersehen!

Wie elend war doch das Leben. Sie fühlte, wie unendlich wahr Karners Worte, die er zuletzt zu ihr gesprochen hatte, waren.

Karner war krank! Sie hatte es gelesen.

Sie wollte ihn noch einmal sehen, wollte noch einmal in Karners . . . nein: in des Gatten Auge sehen, Abschied von dem Bild nehmen, das für sie jetzt allen Schrecken verloren hatte. Alle Liebe, die einst dem Gatten gehörte, galt jetzt dem Bild ihres ersten Gatten, galt Karner.

Noch einmal Karner sehen! Abschied von ihm nehmen . . . und dann mochte kommen was wollte.

Und sie fuhr am gleichen Vormittag nach Karnerstadt.

* * *

Heinze brachte die letzte Meldung.

Die Regierung hatte beschlossen, das Volk abstimmen zu lassen.

Hallenbach war bereits darauf vorbereitet, ebenso Karner, so daß es für sie keine Ueberraschung bedeutete.

Volksabstimmung!

Es war ein zweischneidiges Schwert. Sie waren sich des deutschen Volkes durchaus nicht sicher und wußten, wie stark man das Volk zu ungunsten Karners beeinflußt hatte.

Volksabstimmung!

Nur eine Frage wurde dem Volke vorgelegt: „Soll die Regierung einen Zwang auf Herrn Karner ausüben, daß er die Elektrisierung des Auslands durchführt oder nicht?" Nur Ja oder Nein gab es.

„Haben Sie Vertrauen zum deutschen Volk, Herr Hallenbach?" fragte Karner.

Hallenbach sah zu Boden. „Ich bin nicht ohne Hoffnung."

Karner sagte nichts dazu. Er wußte, daß Hallenbach gegen seine Ueberzeugung sprach. Lange blickte er stumm vor sich hin, bis er wieder begann: „Ich . . . will auch glauben. Das Volk wird an die Elendsjahre denken und zu mir stehen. Es ist doch viel Idealismus im deutschen Volke."

„Zweifellos, Herr Karner."

Sie sprachen beide, und doch glaubte keiner an seine eigenen Worte.

Dann bat Karner Hallenbach, ihn aufzurichten. Er fühlte sich besser und wollte ein paar Gehversuche machen.

Hallenbach zitterte, als er Karner stützte. Er sah, wie er sich quälen mußte, wie er die Zähne zusammenbiß. Aber es ging! Schritt um Schritt wurde mühselig zurückgelegt.

„Es . . . wird . . . wieder!" sagte Karner schweratmend und wischte sich den Schweiß von der Stirn.

„Es ist genug jetzt . . . Herr Karner!"

„Nein! . . . Es geht . . . schon. Ich will bis in Ihr . . . Zimmer mit Ihnen . . . laufen."

Sie bewegten sich zur Tür, langsam, Schritt um Schritt. Aber es war Hallenbach, als ob es schon besser ginge. Er sah Karners gespannten Zügen an, daß er alle Energie aufwandte.

Hallenbach öffnete die Tür.

Sie traten hinaus und standen im Vorzimmer.

Da gellte ein Schrei voll herzzereißendem Weh durch den Raum. Die beiden Männer fuhren zusammen. Ihre Augen gingen der Richtung des Schreies nach.

Lady Ramsay hatte ihn ausgestoßen.

Sie stand zusammen mit Heinze an der Tür und sah Karner in seiner ganzen Hinfälligkeit wieder.

Hallenbach fühlte, daß Karner zitterte. Er ließ ihn vorsichtig in den Stuhl, den er herangezogen hatte, nieder.

Das schöne junge Weib stand immer noch wie gelähmt an der Tür.

Dann schrie sie wieder auf und stürzte zu dem Kranken, sank vor ihm nieder und faßte seine welke Hand.

„Das . . . das . . . haben sie aus dir gemacht!" stöhnte sie auf in wildem Schmerz.

„Das . . . bin ich geworden . . . durch Englands Schuld!" sagte Karner, als er mit Gemma allein war.

Der grosse Karner

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

30

„Martin . . . und ich soll die Heimat verlassen. Mir bangt vor dem fremden Land. O sage mir ein gutes Wort."

Wie das Klagen eines Kindes ist ihre Stimme.

Er aber sieht sie stier an. Seine Augen umfassen angstvoll das schöne Gesicht.

Was ist das? Was ist das? Aufschreien möchte er. Ein unsägliches Grauen erwacht in ihm. Die alten Bilder kommen wieder. Er sieht sich aufgebahrt im Zimmer liegen, sieht das junge Weib an seinem Lager . . . und er schreit auf . . . jetzt erkennt er, daß es Gemmas Züge trägt.

Er zittert an allen Gliedern, und seine Stimme ist heiser, als er spricht, mehr schreit als spricht:

„Reisen Sie mit Gott, Lady Ramsay!"

Dichter drängt sie sich an ihn heran, drückt seine Hand. Ihre Augen glühen wie im Fieber, als sie weiterspricht:

„O sage mir die Wahrheit, Martin! Bist du Karner oder hat dich der Tod zurückgegeben? Martin! Martin! Ich habe dich so geliebt! Ich liebe dich heute noch mehr denn einst! O laß mich dir dienen!"



ist auch in Buchform erschienen und kostet broschiert 2.70 RM, Ganzleinen 4 RM. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle und unsere Zeitungsboten schon heute entgegen

„Lady Ramsay!" stöhnt Karner auf, und seine dunklen Augen starren angstvoll auf das schöne Weib.

„O Martin!" Ihre Stimme bebt in tiefster Herzensnot. „Hast du vergessen, wie wir uns einst gefunden? Ist der Morgen unserer Liebe in deinem Herzen ausgelöscht? Ich habe dich so geliebt. Warum hast du immer an die andern gedacht? Warum galt dein Leben nicht nur mir, deinem Weibe?"

Sie wartet auf ein Wort von ihm. Aber er schweigt. Sein Atem geht schwer. Er möchte reden, aber die Stimme versagt ihren Dienst. Sein Atem geht keuchend. Denn . . . der Vorhang vor seiner Seele ist zerrissen.

„Sprich ein Wort!" bittet sie. „Ein gutes Wort nur! Sage, daß du mir vergeben hast, daß ich in Ruhe sterben kann. Man hat mich von deiner Tür weisen wollen wie einen Hund, Martin, und ich mußte dich noch einmal sehen. Bei der Liebe Gottes! Verzeihst du mir, Martin, was ich dir getan habe?"

Und Karner schreit es schmerzerfüllt vor dem ungeheuren Weh, das seine Augen sehen: „Bei der Liebe Gottes. Ich verzeihe! Gott wird Ihre Schuld auslöschen."

Da löst sich der Schmerz des Weibes in Tränen, die Karners Hände überströmen.

Er stöhnt auf und sieht sie flehend an. Die Schwäche droht ihn zu überwältigen.

„Gehen . . . Sie! Gehen . . . Sie!" bittet er. „Ich kann nicht mehr!"

Und Gemma erhebt sich. Ihr schönes Gesicht ist von friedvollem Schmerze geadelt. Ihr Herz liegt in ihren Augen.

„Martin . . . ich werde frieren im fremden Land. Sie werden mich drüben einscharren. Wirst du meiner gedenken? Wenn ich tot bin . . . laß mich nicht drüben begraben. Ich will in der Heimat begraben sein. Hier! Versprich mir das!"

„Sie sollen . . . leben!" stöhnte er auf und sieht sie an, voll innigem Mitleid, voll Liebe.

Und in dem Blick liegt alles. Sie erlebt im Bruchteil einer Sekunde ihr ganzes köstliches Leben an der Seite des ersten Gatten.

Noch einmal fühlt sie die unendliche Liebe, die damals ihr Inneres erfüllte.

Sie schluchzt auf in hemmungslosem Schmerz.

Da bricht Karner auf seinem Stuhl zusammen.

Ein Schrei der Verzweiflung läßt Hallenbach und Heinze, die draußen warten, ins Zimmer stürzen.

Sie richten den Ohnmächtigen auf. Hallenbach nimmt ihn in seine starken Arme und trägt ihn in das Zimmer zurück, aufs Ruhebett.

Das Weib aber wankt am Arme des Sekretärs aus dem Raum.

Sie ist totenblaß, als sie ins Auto steigt, birgt das von Tränen überströmte Antlitz in den weißen Händen.

Sie weiß, daß sie Karner nie . . . nie wiedersehen wird.

* * *

Karner aber rast im Fieber. Seine wilden Schreie erschüttern das Haus. Was mag in seiner Seele Entsetzliches vorgehen?

Abade, der alte Arzt, kommt sofort und schüttelt den Kopf. Er bestimmt, daß in den nächsten Tagen niemand zu Herrn Karner darf, außer der Pflegerin.

Die ganze Nacht ist er bei dem Kranken und Frau Heyse kommt nicht zur Ruhe.

Anne erfährt von den Ereignissen durch Hallenbach, und sie ist tief erschrocken. Wieder erwacht in ihr die Angst, daß Karner doch . . der Bruder ist.

Entsetzen und Scham darüber packen sie.

„Nicht das! O, nicht das Furchtbare!" denkt sie. Der Egoismus der Liebe ist stärker in ihr als die Zuneigung zum Bruder.

Befreit atmet sie auf, als ihr Hallenbach am nächsten Morgen mitteilt, daß Karner wieder auf dem Wege der Besserung ist.

Die seelische Erschütterung sei nach dem Urteil des Arztes sogar günstig gewesen und habe die Lähmungserscheinungen so gut wie beseitigt. Nur sehr schwach sei Herr Karner und bedürfe der größten Ruhe und Schonung.

Der Tag bringt Hallenbach eine Freude. Marim Donell kehrt tatsächlich zurück!

* * *

Als Gemma heimkehrt, findet sie ihren Gatten in heftiger Erregung vor. Aber sie hört nicht auf seine Worte und geht stumm an ihm vorbei, geht in ihr Schlafzimmer.

Ramsay folgt ihr.

Er findet das Zimmer verschlossen.

„Wo warst du, Gemma? Oeffne! Ich habe mit dir zu reden."

„Ich habe Abschied genommen!" hörte er eine Stimme, die so ganz anders klingt. „Ich war bei Martin!"

„Karner!" Mühsam unterdrückte Wut ist in seiner sonst so beherrschten Stimme.

„Ja!" spricht Gemma dicht hinter der Tür. „Ich habe ihn gesehen in seiner Hinfälligkeit. Er ist gelähmt. Das habt ihr aus ihm gemacht. Ich fluche deinem Land und dir!"

„Gemma!" schreit er wild. „Oeffne sofort oder ich lasse die Tür erbrechen. Ich habe mit dir zu reden."

„Nichts kannst du mir sagen! Ich hasse dich! Ich will nichts mehr mit dir zu tun haben. Fahr' allein hinüber. Ich will hier sterben."

„Gemma!" bittet er. „Laß uns doch endlich wieder zusammenkommen. Ich will mich aus dem politischen Leben zurückziehen, wenn du es wünschest."

Da ist eine Weile Stille hinter der Tür.

Dann antwortet eine müde Stimme: „Es ist . . . zu spät! Ich kann nicht mehr! Das Bild . . Martins, des Gelähmten, wird immer zwischen uns stehen. Ich muß gehen. Ich kann nicht mehr."

Er bittet, aber sie antwortet nicht. Er wird heftig und trommelt an die Tür, denkt nicht an die horchenden Dienstboten. Er ist nicht mehr der korrekte, peinliche Mensch, der er immer war, sondern ein Mann, der um das Liebste, was er besitzt, kämpft.

Je länger er wartet, umso klarer, unbarmherziger hämmert es sich in sein Herz ein, daß er Gemma liebt bis zum Wahnsinn, daß sein Leben zerstört ist, wenn er sie nicht mehr besitzt.

Er ist nur Mensch in den Augenblicken, da er bittet.

Aber sie hört ihn nicht an. Sie sitzt mit starrem, steinerem Gesicht am Tisch und schreibt. Die Bitternis des furchtbaren Erlebens hat ihre Seele hart gemacht.

„Warum bittest du?" denkt sie. „Hast du daran gedacht, als du mithalfst Martin ins Elend stürzen?"

Ramsay steht bebend vor der Tür. Die Stille in Gemmas Zimmer bedrückt ihn. Unheimlich wird es um ihn.

Er hört, wie seine Frau aufsteht und den Sessel zurückschiebt.

Und dann . . . kracht ein Schuß!

„Gemma!" schreit er auf, daß die Dienstboten und das Gesandtschaftspersonal zusammenlaufen.

Sie sehen einen Wahnsinnigen, der sich müht, die schwere Tür einzuschlagen. Diener bringen Axte, schlagen die Tür entzwei. Nach Sekunden grauenvollen Wartens ist endlich der Eingang frei.

Und mitten im Zimmer liegt Gemma. Sie ist tot. Die Kugel ist ihr durch die Schläfe gegangen.

Der Botschafetr sinkt an ihrer Leiche nieder.

Was ist ihm in dem Augenblick Heimat und Vaterland, was Stellung, was äußerer Kram! Er denkt nur daran, daß er das Weib, das tot und kalt am Boden liegt, so unendlich geliebt hat.

Und noch an einen denkt er, voll Haß, wahnsinnigem, infernalischem Haß: an Karner, den Mann, der ihm sein Glück nahm.

Der aber lag zur Stunde im heftigen Fieber, und genau zur Sekunde, da der Schuß fiel, schrie er auf, so grauenvoll, daß selbst Abade, der Arzt, an seinem Lager zusammenfuhr.

12.

Annes Augen irrten über das Zeitungsblatt. Dann las sie die Meldung wieder und wieder. Sie wollte es nicht glauben.

Gemma . . . Ramsay . . . tot, geendet durch eigene Hand.

In dem Augenblick war der letzte Rest von Groll aus ihrem Herzen getilgt. Ihre Seele zitterte vor Weh, als sie an den Leidensweg der Frau dachte, die einst so schwer gesündigt hatte und der eine so furchtbare Buße auferlegt wurde.

Anne fühlte, daß es für Gemma in ihrer Not keinen anderen Weg gegeben hatte. Hättest du ihr helfen können? fragte sie sich und mußte verneinen. Was war Trost in dieser Prüfung?



Macdonalds Abreise nach Paris

Der englische Premierminister Macdonald auf dem Londoner Flugplatz Croydon, von wo er nach Paris flog